

AUFSÄTZE 88

ZUR DISKUSSION

"Ehe das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schlachtlinien erficht, kündigt es seine Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an." Karl Marx

November 2018

38. Jahrgang

November '18: Revolution und Konterrevolution

- Demokratische oder sozialistische Revolution?
- SPD-geführte Konterrevolution
- Bündnis mit dem Militäradel
- Politik auf Bebels Spuren

- Bürgerliche Geschichtsschreibung zu Russland '17
- Diskussion zu „Industrie 4.0“
- Dokumentation: Kritik der Migration

Spendenempfehlung: 2,- Euro

Die *Aufsätze zur Diskussion* erscheinen unregelmäßig und werden kostenlos abgegeben, gegen Spendenempfehlung von 2 Euro (z.B. in Briefmarken).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion fordert alle Leserinnen und Leser zur Mitarbeit an den *AzD* auf, kann aber für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung übernehmen.

Verantwortlich: Heiner Karuscheit

Redaktion: Heiner Karuscheit und Martin Schlegel

Anschrift: AzD-Redaktion
Postfach 10 02 29
45802 Gelsenkirchen
Email: azd72@gmx.de

ISSN 0172 - 6501

Inhalt

Vorbemerkung

Heiner Karuscheit

**Für Preußen-Deutschland und die Macht
Die Politik der SPD in Krieg und Novemberrevolution** 3

Heiner Karuscheit

**August Bebel als Vaterlandsverteidiger
Die Stellung des SPD-Parteivorsitzenden zur Kriegsfrage 1910–1913** 23

Alfred Schröder

**Hundert Jahre russische Revolutionen
Kritische Rückschau auf einige Publikationen (Teil 1)** 34

Martin Schlegel

Zum IARKP-Artikel „Digitalisierung der Produktionsprozesse“ 48

IARKP

Antwort auf Martin Schlegels Artikel „Industrie 4.0“ 52

Fritz Gött

Marx: der rot-grüne Revolutionär (Literaturhinweise) 59

Dokumentation

Kritik der Migration

Interview mit Hannes Hofbauer über Migration und offene Grenzen 61

Vorbemerkung

Die Verantwortung der SPD für das Scheitern der Novemberrevolution 1918 und die Hinfälligkeit der Weimar Republik wird regelmäßig darauf zurückgeführt, dass die Parteiführung den Umgang mit der Macht nicht gewohnt war. Dem entgegen arbeitet der Eingangsartikel heraus, dass die Parteiführung ein unter August Bebel entstandenes Machtkonzept umsetzte, das die Weiterführung des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats zum Ziel hatte. In Ergänzung dazu zeigt der zweite Artikel, dass das im August 1914 eingegangene Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Militäradel seine Wurzeln in der von Bebel eingenommenen Stellung zur Militärpolitik hatte.

Im Anschluss daran befasst Alfred Schröder sich mit der Rezeption der russischen Revolutionen 1917, indem er ein Werk von Stephen A. Smith vorstellt, das den Stand der bürgerlichen Wissenschaft in gut lesbarer Form zusammenfasst. In der nächsten AzD-Ausgabe setzt er sich mit Publikationen der Linken zu dem Thema auseinander.

Nach Erscheinen der AzD 87 schickte uns die Initiative zum Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei (IARKP) einen Link zu ihrem Artikel über die „Industrie 4.0“. Die Anmerkungen von Martin Schlegel zu diesem Beitrag und die Antwort der IARKP darauf sind im Anschluss zu lesen.

Fritz Gött gibt Literaturhinweise zur Beschäftigung von Marx und Engels mit der Frage der Ökologie.

Zum Schluss greifen wir ein aktuelles politisches Thema auf, indem wir zur Frage der „offenen Grenzen“ ein Telepolis-Interview von Hannes Hofbauer dokumentieren, Autor eines jüngst erschienenen Buchs zur „Kritik der Migration“.

Mitteilungen in eigener Sache:

Mailadresse: Wir verweisen noch einmal auf unsere neue Mailadresse für die Kontaktaufnahme, Bestellungen, Mitteilungen etc: >azd72@gmx.de<.

AzD im Internet: Zusätzlich zur Printausgabe werden die AzD auf der Webseite der "Kommunistischen Debatte" eingestellt, wo auch weitere Beiträge zu den jeweiligen Themen zu finden sind:

www.kommunistische-debatte.de/?page_id=851

Presseschau: Die AzD-Redaktion verschickt in unregelmäßigem Abstand per Mail Links zu Analysen und Hintergrundberichten zu nationalen und internationalen politischen Fragen aus der deutschsprachigen Presse (Print- und Internetmedien). Wer daran Interesse hat, kann uns ihre/seine Mailadresse geben und wird in den Verteiler aufgenommen.

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in: Berliner Debatte Initial 29 (2018) Nr. 3

Heiner Karuscheit

Für Preußen-Deutschland und die Macht

Die Politik der SPD in Krieg und Novemberrevolution

Vorbemerkung

Die Republik von Weimar überlebte nicht länger als vierzehn Jahre. Unter der Verantwortung der SPD gegründet und zu keinem Zeitpunkt stabil, stellte sich von Anfang an die Frage, inwieweit ihre krisengeschüttelte, kurze Existenz mit der sozialdemokratischen Politik in der Novemberrevolution zusammenhing.

Darauf geben zwei verschiedene Erklärungen Antwort. Nach der ersten Variante war die SPD den Umgang mit der Macht nicht gewohnt, so dass ihr Fehler und Versäumnisse unterliefen, die die neue Demokratie schwächten; diese Deutung beherrscht die heutige Geschichtsschreibung. In der anderen Variante begegnet uns die Novemberrevolution als Geschichte eines von der SPD begangenen Dauerverrats; diese Auffassung entsprach seinerzeit den Empfindungen der USPD- und KPD-Anhänger und hat in der Bundesrepublik u.a. mit Sebastian Haffner einen wortgewandten Verfechter gefunden.

Beide Deutungen sind wenig befriedigend. Kann man den Ausgang eines Jahrhundertereignisses wie der Novemberrevolution mit sozialdemokratischer Naivität erfassen? Hätte das Vorgehen der SPD-Führung dann nicht widersprüchlicher sein müssen, anstatt sich von Anfang bis Ende gegen die Ergebnisse der Revolution zu richten? An diesem Punkt setzt die Verrats-These an, indem sie die fortlaufenden „Fehlentscheidungen“ der sozialdemokratischen Parteiführung als bewussten Verrat an der Revolution und der eigenen Vergangenheit interpretiert. Nur – was ist mit diesem Begriff gewonnen? Der SPD eine Judasrolle zuzuweisen, vermag vielleicht moralisch zu befriedigen, ist aber analytisch nicht überzeugender als die Überforderungsthese.

Dem entgegen arbeitet der vorliegende Beitrag heraus, dass die sozialdemokratische Parteiführung in Krieg und Revolution einem politischen Konzept folgte, das sich in der Vorkriegszeit unter ihrem Vorsitzenden August Bebel herausgebildet hatte. Basierend auf der regelmäßig als „Hineinwachsen“ in den Staat beschriebenen, zunehmenden Identifizierung der Sozialdemokratie mit Preußen-Deutschland zielte es nicht auf die Beseitigung des Militär- und Obrigkeitsstaats, sondern auf seine Übernahme unter sozialdemokratischer Führung. Diese Konzeption existierte nicht als schriftlich ausgearbeitete Strategie, sie muss aus Parteitags- und Reichstagsreden, aus theoretischen Debatten sowie aus der praktischen Politik rekonstruiert werden.

Mit der so gewonnenen Deutung betritt der Autor Neuland, aber wenn man nicht auf psychologische Kategorien wie Machtscheu, Überforderung oder Verrat zurückgreifen will, sondern eine *politische* Erklärung bevorzugt, lässt sich nach seiner Überzeugung nur so nachvollziehen, wieso am Ausgang des Kriegs unter der Regie der SPD eine Republik entstand, hinter deren Fassade die alte Ordnung fortexistierte und die letztlich zum Scheitern verurteilt war.¹

1. Die „Verpreußung“ der SPD

Mit der Dauer des Kaiserreichs wurden „die sozialistischen Arbeiter mehr und mehr vom Gedanken der nationalen Einheit, vom Bezug auf Vaterland und Patriotismus erfasst“ (Herbert 2017: 57). Der Staat, in den die Sozialdemokratie langsam aber sicher hinein wuchs, war jedoch keine parlamentarisch verfasste Demokratie wie Großbritannien oder Frankreich, sondern ein vorbürgerlicher, von Preußen beherrschter Militär- und Obrigkeitsstaat.

Entgegen der Überzeugung der Sozialdemokratie war die 1848/49 steckengebliebene bürgerliche Revolution durch die Reichseinigung 1866-1870 nicht vollendet worden.² 1870 war lediglich ein deutscher Nationalstaat entstanden und damit der *nationale* Teil der in Deutschland zweigeteilten Aufgabe der Revolution erledigt worden. Der andere Teil, die Durchsetzung der *Demokratie*, stand nach wie vor aus.

Bismarck hatte das Kunststück fertig gebracht, die Lösung der nationalen Frage als Hebel zu benutzen, um die Liberalen zu spalten, den rechten Flügel der Bourgeoisie auf seine Seite zu ziehen und durch die Siege der preußischen Armee in den Einigungskriegen die Herrschaft Preußens sowohl zu sichern als auch auf ganz Deutschland auszudehnen, mit der Bourgeoisie als Juniorpartner der Junkerklasse an der Macht.

Anpassung an die monarchisch-autoritäre Ordnung

Auf Basis der „großpreußisch-militaristischen Reichsgründung“ (Bartel; Engelberg 1971) verflüchtigte sich die nach der 48er Revolution verbreitete Preußenfeindschaft des Kleinbürgertums und liberalen Bürgertums langsam und wurde die deutsche Gesellschaft mit den Ordnungsmustern des preußischen Obrigkeitsstaats und dem Geist des Militarismus imprägniert. Heinrich Manns Gesellschaftsroman „Der Untertan“ verewigte das wilhelminische Deutschland literarisch.

¹ Der Beitrag führt die Studien des Autors zur Geschichte des Deutschen Reichs (Karuscheit 2014 und 2017) mit Blick auf die SPD fort und korrigiert sie an verschiedenen Stellen. Hierzu auch ders: Die SPD und der >Junkerstaat<; in *Karuscheit/Sauer/Wernicke (2018): 100 Jahre Novemberrevolution; Hamburg: VSA*

² Kautskys Verkündung, dass „die deutsche bürgerliche Revolution ... 1870 ihr Ende erreichte“, gab die Grundsatzposition der SPD wieder (Kautsky 1972: 18).

SPD und Novemberrevolution

Der Formierungsprozess der Gesellschaft machte vor der Arbeiterbewegung nicht halt. „Die nationalliberal-preußische Umformung des deutschen Liberalismus fand ihre Parallele in einer >Borussifizierung< auch der ursprünglich antipreußischen Teile der Sozialdemokratie“.³ Auch in Frankreich und Großbritannien näherten sich die sozialistischen Parteien dem Staat an und unterlagen einem allmählichen Prozess der Nationalisierung. Aber der dortige Staat war ein bürgerlicher Staat, und „ihr Patriotismus, ihr nationales Bewusstsein, war orientiert an den Traditionen der erfolgreichen demokratischen Revolutionen in ihren Ländern“ (Grebing 1970: 140f). In Preußen-Deutschland fehlte diese Tradition, hier konnte die Anpassung an den Staat nicht in bürgerlich-demokratischem Sinn stattfinden, sondern erfolgte im Sinn der monarchisch-autoritären Ordnung.

Zu diesem Prozess trug nicht zuletzt die Sozialpolitik bei, die der preußisch-deutsche Staat in höherem Maße gestalten konnte als die vom Kapital dominierten westeuropäischen Staaten (Kaufmann 2003). Durch die Einführung sozialer Sicherungssysteme für Krankheit, Invalidität und Alter in öffentlich-rechtlicher, d.h. halbstaatlicher Form hatte sich Bismarck frühzeitig daran gemacht, die Arbeiter an den Beamtenstaat heranzuführen. Solange das Sozialistengesetz in Kraft war, hielt sich der Erfolg in Grenzen. Doch nach Bismarcks Abdankung und dem Auslaufen des Sozialistengesetzes änderte sich das. Insgesamt „hat die Sozialversicherung einen ganz entscheidenden Anteil daran gehabt, die systemkritische Distanz der organisierten Arbeiterschaft aufzuweichen und ihre Staatsloyalität zu gewinnen.“ (Wehler 1995: 915)

Im Jahr 1910 waren von ca. 720.000 Parteimitgliedern fast 100.000 in Verwaltungs- und Vertretungskörperschaften der Arbeiterversicherung, der kommunalen Arbeitsnachweise und der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vertreten, hinzu kamen 11.000 Gemeindevertreter (Grebing 1970: 104, 106). Diese Sozialdemokraten waren die Hauptträger der fortschreitenden „Verpreußung“ der SPD, des Hineinwachsens in den Obrigkeitsstaat. Sie bildeten zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie die soziale Kernbasis für die allmähliche Umformung der Sozialdemokratie zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei.

Das Erfurter Programm

Das Erfurter Parteiprogramm von 1891 war nicht geeignet, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Sein allgemeiner Teil enthielt eine politökonomisch gelungene Zusammenfassung der allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, doch politisch war es von erschreckender Inhaltsleere.

Es traf weder eine Aussage zur Reichsgründung noch zur historischen Entwicklung der bürgerlichen Revolution in Deutschland, enthielt keine Analyse der Klassen- und Herrschaftsverhältnisse im Kaiserreich und schwieg sich über die Machtverteilung zwischen Junkertum und Bourgeoisie aus. Am Schluss gab

³ Klönne 1984: 145

es eine Ansammlung einzelner politischer und Arbeiterschutzzforderungen, aber die Forderung nach Durchsetzung der Parlamentsherrschaft in Deutschland suchte man vergebens.

Vom Boden dieses gesellschaftspolitisch nichtssagenden Programms aus führte kein Weg zur Macht, und dem entsprach die Strategie der Partei. Sie bestand im Warten auf den politökonomisch vorhergesagten Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, in dessen Gefolge irgendwie der Sozialismus siegen würde (Groh 1974). Insbesondere der Parteivorsitzende Bebel verkündete regelmäßig den bevorstehenden „Kladderadatsch“ der bürgerlichen Gesellschaft und pries den daraus hervorgehenden sozialistischen Zukunftsstaat. Hinter derlei substanzlosen Prophezeiungen vollzog sich umso geräuschloser die allmähliche Anpassung der Arbeiterbewegung an den real existierenden Staat.

Richtige Fragen

Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus. Ein Jahr nach Engels' Tod begann Eduard Bernstein, ein führender Sozialdemokrat und Weggefährte von Engels aus Londoner Zeiten, mit der Publikation von Artikeln, die die bisherige Ausrichtung der Arbeiterpartei grundlegend in Frage stellten und 1898 als eigenständige Schrift unter dem Titel „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben des Sozialismus“ veröffentlicht wurden. Neben einer Grundsatzkritik an Teilen der Marxschen Theorie, die uns hier nicht interessiert, enthielt sie vor allem die Forderung nach einer neuen politischen Strategie.

Bernsteins Ausgangspunkt war die Zurückweisung der Politik des Wartens auf den Zusammenbruch der Gesellschaft. Er forderte als entscheidende politische Aufgabe, den Kampf um Reformen zu führen, um das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten. Die SPD müsse „sich rückhaltlos, auch in der Doktrin, auf den Boden des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie“ stellen, „mit allen sich daraus für ihre Taktik ergebenden Konsequenzen.“ (Bernstein 1969: 156). Im Zentrum der von ihm propagierten Aufgabenstellung sah er die Durchsetzung der parlamentarischen Herrschaft durch den Reichstag sowie die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Wegen dessen Bedeutung für die fortdauernde Vorherrschaft des Junkertums gehörte er mit Liebknecht und Luxemburg zu den entschiedensten Befürwortern des politischen Massenstreiks, um eine Wahlrechtsreform in Preußen zu erzwingen.

Ein wesentlicher Bestandteil seiner Argumentation war der Nachweis, dass die Massen der kleinen Warenproduzenten in Stadt und Land entgegen der Voraussagen des Erfurter Programms bisher nicht im Verschwinden begriffen waren und das industrielle Proletariat auf absehbare Zeit in der Minderheit bleiben würde. Vor diesem Hintergrund fragte er, wie „die ausschließliche Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze

SPD und Novemberrevolution

nichtproletarische Welt“ möglich sein sollte? (ebda: 10) Mit dem Argument, „dass sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen“ (ebda: 11), legitimierte er den ihm immer wieder vorgehaltenen Satz „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“, in dem sich zusammenfasste, warum er den Kampf um Demokratie für wichtiger hielt als die Propagierung des sozialistischen Zukunftsstaats.

Mit seiner Schrift warf Bernstein zentrale Fragen der sozialdemokratischen Programmatik auf. Die erste Frage war, wie man auf direktem Weg zum Sozialismus gelangen wollte, wenn nicht einmal die Demokratie verwirklicht war? Die zweite Frage war die nach der Rolle des Kleinbürgertums. Marx hatte Ende 1846 in einem Brief an Annenkow darauf hingewiesen, dass „das Kleinbürgertum ein integrierender Bestandteil aller sich vorbereitenden sozialen Revolutionen sein wird.“ (MEW 4: 557; s.a. MEW 18: 633) Wenn man diese Feststellung ernst nahm – was folgte daraus für das Revolutionskonzept?

Die Antworten, die Bernstein selber gab, waren für eine revolutionäre Arbeiterpartei untauglich. In seinen Überlegungen wurde die Demokratie zum Selbstzweck statt zu einer Etappe auf dem Weg zum Sozialismus, und es ging unter, dass die Vollendung der bürgerlichen Revolution nur möglich war, wenn das Proletariat im Bündnis mit dem Kleinbürgertum die Führung übernahm. Außerdem propagierte er die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft durch friedliche Reformen und negierte, dass das junkerlich-schwerindustrielle Herrschaftskartell sich mit allen Mitteln gegen seine Entmachtung zur Wehr setzen würde. Nichtsdestotrotz hätte seine Kritik den Anstoß für eine weitergehende Auseinandersetzung geben können, doch die anschließende Debatte ging am Wesen der aufgeworfenen Fragen vorbei.

Niederlage des bürgerlichen Arbeiterreformismus

Luxemburg begründete in ihrer Schrift von 1899 „Sozialreform oder Revolution?“ ausführlich, wieso der Sozialismus nicht auf friedlichem Weg erreichbar sei. Zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus schrieb sie, dass die Mauer zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft durch demokratische Reformen „nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester, starrer gemacht“ würde; erst „der Hammerschlag der Revolution“ würde mit dem Sozialismus die Demokratie ermöglichen (Luxemburg: 400). Damit war jeder Gedanke an eine demokratische Revolution unter Führung des Proletariats als Etappenschritt zum Sozialismus verfehlt; dazu gehörte, dass die Autorin die Frage des Kleinbürgertums und der Bündnispolitik gar nicht erst aufwarf. Ihre Antwort auf Bernstein bestand in der Forderung nach einer proletarisch-sozialistischen Alleinrevolution nicht nur gegen die herrschenden Mächte, sondern auch ohne und gegen die nichtproletarischen Massen des Kleinbürgertums. Das war die Politik, die die Spartakusgruppe in der Novemberrevolution betrieb.

Für das Parteizentrum um Bebel verfasste Kautsky 1899 mit „Bernstein und das Sozialdemokratische Programm“ eine langatmige Grundsatzkritik, die einige richtige Kritikpunkte enthielt, jedoch nichts zum Verhältnis von demokratischem zum sozialistischen Kampf und zur Frage des Kleinbürgertums sagte. Der Dresdener Parteitag von 1903 verurteilte schließlich den Revisionismus auf Antrag Bebels mit nur wenigen Gegenstimmen, und damit war die Auseinandersetzung beendet.

Hätten Bernsteins Ideen sich durchgesetzt, wäre die SPD zu einer bürgerlich-reformistischen Arbeiterpartei geworden. Jedoch verfügte Bernstein nur im Süden Deutschlands, wo die Monarchien bürgerlichen Zuschnitts waren, über eine nennenswerte Gefolgschaft. Im Kaiserreich insgesamt, vor allem im ausschlaggebenden Preußen, blieb der bürgerliche Arbeiterreformismus auf eine Minderheit beschränkt. Auch später gewann Bernstein keinen größeren Anhang. 1914 stimmte er zunächst den Kriegskrediten zu, zweifelte den Verteidigungscharakter des Kriegs jedoch bald an und lehnte seit 1915 weitere Kriegskredite ab. Er gehörte zu den Wenigen, die den Krieg nicht nur verurteilten, sondern auch speziell den maßgeblichen Einfluss des Junkertums auf den Staat und die Kriegspolitik anprangerten. Seit April 1917 Mitglied in der USPD, kehrte er 1919 zur SPD zurück und setzte sich dort u.a. dafür ein, die Verantwortung Deutschlands für den Ausbruch des Kriegs anzuerkennen. Deshalb als Nestbeschmutzer angefeindet, blieb er in seiner Partei bis zu seinem Tod 1932 ein Außenseiter.

Bebel für die Übernahme des „Junkerstaats“

Die zunehmende Integration der Arbeiterpartei in die Militärmonarchie wurde insbesondere durch den Parteivorsitzenden August Bebel verkörpert. Er formulierte auch die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Staatsfrage ergaben. Gegen die süddeutschen Reformisten gerichtet, führte er auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1910 aus: „Es gibt keinen zweiten, dem preußischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles. ... im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit.“ (Parteitagsprotokoll 1910: 250) Im gleichen Atemzug wies er darauf hin, dass er ähnliche Aussagen schon mehrfach getätigt habe.

Die Betonung der Einzigartigkeit des preußischen Junkerstaats verweist darauf, dass dieser Staat, anders als der bürgerliche Staat in Frankreich oder Großbritannien, nicht von der Bourgeoisie beherrscht war und der industriellen Arbeiterschaft deshalb in höherem Maße entgegen kommen konnte, wie das die Sozialversicherungen unter Beweis stellten. Davon abgesehen verfocht Bebel mit diesen Worten eine Position zur Staatsfrage, die konträr zum revolutionären Sozialismus stand.

Karl Marx hatte aus den Erfahrungen der Pariser Kommune von 1870/71 die Schlussfolgerung gezogen, dass die Arbeiterklasse die vorhandene Staatsma-

SPD und Novemberrevolution

schinerie nach einem Sieg nicht einfach übernehmen könne, sondern sie zerschlagen und eine neue aufbauen müsse.⁴ Engels hatte diese Position in seiner Kritik des Erfurter Programms bekräftigt, indem er die sich ausbreitende Vorstellung vom friedlichen Hineinwachsen der Gesellschaft in den Sozialismus mit der Frage konterte, ob diese damit nicht „ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswache und diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine“.⁵

Bebel vertrat einen anderen Standpunkt. Ihm ging es nicht um die Ersetzung des obrigkeitlichen Junkerstaats durch einen neuen, demokratischen Staat, sondern darum, ihn als scheinbar neutrale Instanz unter sozialdemokratischer Regie fortzuführen, denn dann „haben wir alles“, wie er diese Position auf den Punkt brachte.

2. Militärfrage und Vaterlandsverteidigung

Die Stellung zum Militär ergänzte und vertiefte die Stellung zur Staatsfrage. Auf der einen Seite kritisierte Bebel den Militarismus, wandte sich gegen sinnlosen Drill und Rekrutenschinderei, Übergriffe und Misshandlungen in den Kasernen und forderte die Verkürzung der dreijährigen Militärdienstzeit. Auf der anderen Seite richtete sich seine Kritik nicht gegen das preußisch-deutsche Militär als solches, sondern zielte darauf, das Heerwesen durch konstruktive Reformvorschläge zweckmäßiger zu gestalten. „Bei den Beratungen des Militär-etats im Reichstag übte er regelmäßig zunächst eine Generalkritik, um dann praktische Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.“ (Wette 2008: 68)

Diese Haltung hatte einen konkreten politischen Hintergrund. Bebel hielt zeit seines Lebens daran fest, dass Deutschland mit einem russischen Angriff rechnen und sich deshalb auf einen Verteidigungskrieg vorbereiten müsse. Darum wandte er sich gegen den Paraden- und Dekorationsmilitarismus und trat stattdessen für den Ausbau „eines zeitgemäßen, modernen und kriegstauglichen Militärwesens“ ein (ebda). Die proletarischen Soldaten sollten nicht als Kanonenfutter verheizt werden, sondern eine möglichst kriegstaugliche praktische Ausbildung erhalten.

Der gern zitierte Satz des alten Liebknecht „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ schien eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Militärstaat zu dokumentieren. In Teilen der Arbeiterbewegung war diese Gegnerschaft auch vorhanden, doch insgesamt verdeckten die wohlklingenden Worte

⁴ „Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation“; nach dem Vorwort von Engels zur Ausgabe von 1872 des „Kommunistischen Manifest“; MEW 18, S. 95

⁵ MEW 22, S. 234

die Tatsache, „dass die SPD in der parlamentarischen Praxis ganz andere Wege ging und sich immer mehr an den bestehenden Staat annäherte.“ (ebda: 67)

Der Publizist Max Beer gehörte nach dem Krieg zu den Wenigen, welche die im August 1914 beschlossene Kriegspolitik der SPD nicht als plötzliches „Umfallen“ einstufen bzw. als einen „Verrat“, der unter Bebel nicht passiert wäre. Er wies in seiner Schrift „Krieg und Internationale“ darauf hin, dass der sozialdemokratische Parteivorsitzende ein Vorreiter des Militärpatriotismus gewesen war und bei seinen öffentlichen Auftritten kaum eine Gelegenheit ausließ, um „die patriotisch-militärischen Akkorde temperamentvoll und feurig“ anzuschlagen. „Vom Jahre 1880 bis zu seinem Hinscheiden im Herbst 1913 setzte er diese patriotisch-militärische Erziehungsarbeit ohne Zaudern und ohne Schwanken fort.“ (Beer 1924: 52 f) Als Parteivorsitzender war Bebel eine, wenn nicht *die* treibende Kraft bei der Durchsetzung preußisch-deutscher, sozialpatriotischer Auffassungen in der SPD.

Ein Rechtsruck 1907

Als die SPD bei der Reichstagswahl 1907 eine Niederlage erlitt, war die Folge ein neuerlicher Annäherungsschub an den Militärstaat. Nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstags Ende 1906 hatten die anderen Parteien ihren Wahlkampf unter den Parolen eines aggressiven Nationalismus gegen SPD und Zentrum geführt. Zwar veränderte sich die absolute Stimmenzahl für die SPD kaum, aber durch die Wahlkreisabsprachen der anderen Parteien schrumpften ihre Reichstagsmandate von 81 auf 43 zusammen. Die Parteiführung reagierte darauf mit einer Wendung nach rechts. Bei den Beratungen des neuen Reichstags über den Rüstungsetat wies Bebel den im Wahlkampf erhobenen Vorwurf der „vaterlandslosen Gesellen“ scharf zurück, befürwortete ausdrücklich die „Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit“ und versicherte zum wiederholten Male, dass die Sozialdemokraten in einem Krieg mit Russland „selbstverständlich die Flinte auf den Buckel nehmen“ würden.

Anschließend vertiefte Gustav Noske als rüstungspolitischer Sprecher der Fraktion Bebels Ausführungen. Er identifizierte sich mit den vorher gemachten Aussagen des preußischen Kriegsministers über Angriffskriege auf Deutschland, betonte, dass die Sozialdemokraten in einem solchen Fall „begeistert ihr Vaterland verteidigen“ würden, und erklärte es als eine Selbstverständlichkeit, dafür zu sorgen, „dass das deutsche Volk nicht etwa von irgend einem anderen Volk an die Wand gedrückt wird“. (in Wette 1987: 71) Als er wegen seiner Aussagen auf dem anschließenden Essener Parteitag kritisiert wurde, stellte sich Bebel vor ihn und pries seine Reichstagsrede als „gute Rede“, die seine „Zustimmung und Anerkennung“ gefunden habe (Parteitagsprotokoll 1907: 254)

SPD und Novemberrevolution

Im selben Jahr legte Karl Liebknecht eine Schrift über „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ vor, worin er den Militarismus mit scharfen Worten geißelte und zu einer Verstärkung der antimilitaristischen Propaganda aufrief. Bebel distanzierte sich öffentlich von der Arbeit und verhinderte, dass sie im Parteiverlag der SPD erscheinen konnte.

Gegen imperialistische Kriege ...

Bevor der Große Krieg zur Tatsache wurde, ging es vorab um die Haltung zu Kriegen auf dem Boden des Imperialismus, zu dem die großen kapitalistischen Staaten Ende des 19. Jahrhunderts im Wettstreit um Kolonien übergegangen waren. Im Gefolge der anderen Nationen hatte auch das deutsche Kaiserreich auf Betreiben der Bourgeoisie im Jahrfünft vor der Jahrhundertwende mit der „Weltpolitik“ begonnen, hatte den Anspruch auf einen „Platz an der Sonne“ in Gestalt eines großen Kolonialreichs erhoben und zur Durchsetzung dieses Anspruchs eine gewaltige Schlachtflotte auf Kiel gelegt.⁶

1911 schienen die europäischen Mächte unmittelbar vor einem Krieg zu stehen, als die deutsche Außenpolitik versuchte, Paris in der Marokko-Krise dieses Jahres durch militärische Drohungen (Panthersprung nach Agadir) zur Abtretung seiner mittelfrikanischen Kolonien zu zwingen (Oncken 1981). Großbritannien war jedoch nicht bereit, die damit verbundene Schwächung Frankreichs und korrespondierende Stärkung Deutschlands hinzunehmen. Es stellte sich auf die Seite der französischen Regierung und ließ zur Bekräftigung seiner Entschlossenheit die Schlachtschiffe der Navy auslaufen, so dass für kurze Zeit ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen Großbritannien/Frankreich und dem Reich drohte. Auf die britischen Warnungen hin ordnete der Reichskanzler Bethmann Hollweg jedoch unverzüglich den Rückzug an, so dass die Krieg-in-Sicht-Krise ohne Schusswechsel zu Ende ging.

Die SPD wandte sich in dieser Situation zusammen mit der Sozialistischen Internationale entschieden gegen den drohenden Krieg, prangerte die koloniale Konkurrenz und den Imperialismus an und verkündete, dass die deutschen Arbeiter einen Krieg auf keinen Fall unterstützen würden. Noch auf ihrem Frie-

⁶ Weltpolitik und Aufbau der Marine waren ein bürgerliches Projekt, wogegen das Heer in der Hand des gutsbesitzenden Militäradels war und blieb. Das Wechselverhältnis zwischen dem von der Bourgeoisie vorangetriebenen Schlachtfloottenbau und der Einführung hoher Agrarzölle im Interesse des getreideproduzierenden Junkertums hat als erster der Sozialwissenschaftler Eckart Kehr in einer bis heute unübertroffenen Studie von 1930 herausgearbeitet: „Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus“. Die Marxisten haben die Implikationen zwischen den innenpolitischen Auseinandersetzungen und den unterschiedlichen Waffengattungen weitestgehend negiert, ebenso die Konsequenzen, die daraus für unterschiedliche Kriegsszenarien folgten.

denkongress in Basel Ende 1912 bezeichnete die Sozialistische Internationale die „Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich“ als „größte Gefahr für den Frieden Europas“ und kündigte an, dass die sozialistischen Parteien den Ausbruch eines Kriegs unter Aufbietung aller geeigneten Mittel verhindern wollten.

... für die Vaterlandsverteidigung

Aber während die deutschen Sozialdemokraten den weltpolitisch-kolonialen Ambitionen der Bourgeoisie und der daraus entspringenden Kriegsgefahr gegen Großbritannien mehrheitlich entgegen traten, befürworteten sie zur selben Zeit durchgehend die Vaterlandsverteidigung gegen Russland.

Seit der russische Zarismus in der Revolution von 1848/49 als Gendarm Europas aufgetreten war, galt er den Sozialdemokraten als Hauptfeind der europäischen Demokratie, gegen den die Arbeiter zu einem nationalen Verteidigungskrieg bereit sein müssten. Auch als das Zarenreich seine Stellung als europäische Ordnungsmacht im verlorenen Krimkrieg von 1853 – 1856 gegen das mit Frankreich und England verbündete Osmanische Reich einbüßte, hielt die SPD an der 48er Position weiter fest.⁷

Die Frontstellung gegen Russland änderte sich auch Anfang des 20. Jahrhunderts nicht, als Russland im Krieg gegen Japan 1904-05 eine Niederlage erlitt und die Zarenherrschaft anschließend durch die russische Revolution von 1905-07 erschüttert wurde. Der Parteivorstand negierte alle Versuche, die antirussische Position zur Vaterlandsverteidigung zu revidieren. Diese Position rückte lediglich vorübergehend in den Hintergrund, solange Weltpolitik und Marokkokrise die auswärtige Politik des Kaiserreichs bestimmten. Als die Marokkokrise vorbei war und das Reich auf den Großen Krieg zusteuerte, kam sie wieder zum Tragen.

3. Die Kriegskooperation mit dem Militäradel

1912/13 wurden die Weichen für den Krieg 1914-18 gestellt, der anderen Charakter trug als der in der Marokkokrise 1911 drohende Waffengang. Ausgangspunkt war der Wahlsieg der SPD 1912, in dessen Gefolge die 1909 ausgebrochene Krise von Gesellschaft und Staat eine neue Dimension erreichte (Karuscheit 2014: 197ff): durch die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag wurde der Staat unregierbar, die Nationalliberalen lockerten die Abgrenzung zur SPD,

⁷ Friedrich Engels erklärte noch 1891/92 in der Schrift „Der Sozialismus in Deutschland“, dass die Sozialdemokratie in einem Krieg mit Russland die Zivilisation und die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung als Vorposten der internationalen Arbeiterbewegung gegen die zarischen Horden verteidigen müsste. (MEW 22: 247ff)

und die bisherige Militärverfassung geriet mehr und mehr in die Kritik. Kurz gesagt: das Gefüge der bisherigen Ordnung wurde brüchig.

Nachdem ein zunächst unternommener Staatsstreichversuch ins Leere gelaufen war (Karuscheit 2014: 200ff), nahmen Militäradel und Montanbourgeoisie nun Kurs auf einen Krieg, um die alte Ordnung durch einen großen militärischen Sieg zu stabilisieren (die Bourgeoisie zielte darüber hinaus auf die Atlantikhäfen Belgiens und Nordfrankreichs, um von hier aus die Auseinandersetzung mit Großbritannien zu führen). In Vorbereitung dieses Kriegs ging es 1913 um eine substantielle Heeresverstärkung.

Weltpolitik und Schlachtflottenbau hatte die SPD abgelehnt, und Bebel hatte 1910 sogar geheime Kontakte zur britischen Regierung aufgenommen, um diese vor einem Angriff der deutschen Schlachtflotte zu warnen.⁸ Eine ganz andere Stellung nahm der Parteivorsitzende jetzt ein, als es um zusätzliche Mittel für die Heeresverstärkung gegen Russland ging. Als die preußische Militärführung im April 1913 auf einer nichtöffentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags die Notwendigkeit der Nachrüstung mit Kriegsvorbereitungen durch Russland und Frankreich begründete und zugleich darlegte, dass Deutschland im Kriegsfall zuerst Frankreich angreifen müsse (inkl. Durchmarsch durch Belgien), um sich anschließend dem Gegner im Osten zuzuwenden, nahmen die anwesenden SPD-Vertreter mit Bebel an der Spitze die vorgestellte Kriegsplanung einschließlich des angekündigten Einmarschs in das neutrale Belgien ohne Protest zur Kenntnis (Sitzungsbericht in Bley 2014: 258ff).

Nach der Sitzung verfasste Bebel eine Stellungnahme zur Aufrüstung, die der Parteivorstand im Mai 1913 als Flugschrift in ganz Deutschland verbreiten ließ. (in ebda: 272) Unter dem Titel „Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie“ hieß es darin, dass „wir in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen einstweilen noch rechnen (müssen), namentlich von Osten her.“ Weil dann aber „unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein“ gestellt würde, wäre „die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig“. Damit wiederholte die Flugschrift die Vorgaben der Militärs als Position der Parteiführung, befürwortete die deutsche Aufrüstung und stellte die Kriegsunterstützung durch die Arbeiterbewegung in Aussicht.

Eine zunehmende Annäherung

Mitte 1914 war es so weit. Nachdem der deutsche Reichskanzler im außenpolitischen Krisengeschehen des Juli 1914 so lange manövriert hatte, bis das Zarenreich die Generalmobilmachung erklärte, konnte es als Angreifer deklariert werden und war für die SPD der Weg zur Zustimmung zu den Kriegskrediten

⁸ Bley 2014; demnächst hierzu Karuscheit: August Bebel als Vaterlandsverteidiger. Die Stellung des SPD-Parteivorsitzenden zur Kriegsfrage 1910 – 1913, in AzD 88 (2018)

frei. Der Weltpolitik der Bourgeoisie gegen Großbritannien hatte die SPD die Gefolgschaft verweigert, doch indem sie zur Vaterlandsverteidigung gegen Russland aufrief, trat sie ohne Zögern an die Seite des Militäradels. Zwar traten keine Sozialdemokraten als Minister in die Regierung ein, aber maßgebliche Parteimitglieder nahmen intensive Kontakte zur OHL auf, an der Spitze Eduard David, der mit Ebert und Scheidemann seit April 1917 dem engsten Führungskreis der Partei angehörte.

Ende 1916 wurde in Kooperation mit Gewerkschaften und Sozialdemokratie das Vaterländische Hilfsdienstgesetz erarbeitet, das alle Männer zwischen siebzehn und sechzig der Arbeitspflicht unterwarf und die freie Wahl des Arbeitsplatzes aufhob, um kriegswichtigen Betrieben die notwendigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Zur Umsetzung dieses Gesetzes mussten in allen Betrieben ab 50 Beschäftigten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gebildet werden, die bei Arbeitskonflikten zusammen mit Vertretern der Betriebsleitung für die Schlichtung zu sorgen hatten. Außerdem wurde zur Koordinierung der Rüstungsanstrengungen ein Oberstes Kriegsamt eingerichtet, als dessen Leiter General Wilhelm Groener fungierte, der sein Amt in enger Absprache mit den Gewerkschaften führte und im November 1918 als Co-Chef der Obersten Heeresleitung mit Friedrich Ebert das Vorgehen gegen die Novemberrevolution abstimmte. Auch in Frankreich und Großbritannien unterstützten die Sozialisten den Krieg und die Kriegsproduktion, spezifisch für Deutschland war jedoch, „dass hier (und nur hier!) die Arbeiterorganisationen sozusagen Bestandteil der Kriegsmaschinerie selbst wurden“ (Klönne: 136).

Die große Industrie lief gegen die mit der Neuregelung der Arbeitsbeziehungen verbundene Anerkennung der Gewerkschaften und die Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt über die Betriebe Sturm. Die Verabschiedung des Gesetzes gegen ihren Widerstand wurde in der Sozialdemokratie als Sieg über die Anarchie des Privatkapitalismus gefeiert und verstärkte die Überzeugung, dass der Junkerstaat gegen das Kapital zu gebrauchen war. Im Zusammenhang damit blühten Theorien auf, die den Versuch einer staatlich-bürokratischen Neuordnung der Wirtschaft als Kriegssozialismus verherrlichten und darin die deutsche Form des Sozialismus erblickten (Klönne 1989: 137ff).

Bündnis hinter den Kulissen: der Kanzlersturz 1917

Bald darauf erreichte die Kooperation von SPD und Militäradel eine neue Stufe. Im Jahr 1917 war der Krieg an einem toten Punkt angelangt, denn beide Seiten waren nach drei Jahren Kriegführung erschöpft und wussten nicht, wie es weitergehen sollte. Die Ententemächte konnten hoffen, durch den Kriegseintritt der USA auf Dauer den längeren Atem zu haben, doch auf der anderen Seite konnte Deutschland hoffen, nach einem revolutionsbedingten Ausscheiden Russlands aus dem Krieg seine militärischen Kräfte auf die Front im Westen zu

SPD und Novemberrevolution

konzentrieren und dort einen raschen Sieg zu erzielen. Angesichts dieser Unwägbarkeiten war der Ausgang des Kriegs zu diesem Zeitpunkt unabsehbar.

Der deutsche Reichskanzler, der seit dem Fehlschlag der Verdun-Offensive 1916 an den Siegesaussichten der Mittelmächte zweifelte, unternahm in dieser Situation einen Versuch, um unter Vermittlung des Vatikans mit den Gegnern einen „Remisfrieden“ unter gegenseitigem Verzicht auf Eroberungen und Entschädigungen zu schließen. Er sagte in den geheimen Vorgesprächen u.a. die vollständige Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens zu (für London der Hauptkriegsgrund) und erklärte sich zu Grenzkorrekturen in Elsass-Lothringen bereit.

Um den geplanten Friedensschluss innenpolitisch durch eine Reichstagsmehrheit abzusichern, unternahm er gleichzeitig Schritte zur Parlamentarisierung und ließ durch kaiserlich-königliche Order die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts bekannt geben. Dadurch, so sein Kalkül, würde er die Unterstützung der mehrheitsbildenden Reichstagsparteien für seine Politik bekommen; neben den Linksliberalen und dem Zentrum war dies vor allem die SPD, mit deren Rückendeckung er aufgrund der angekündigten Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts fest rechnete.

Doch die Führungen von Zentrum und SPD setzten ebenso wie die OHL auf einen deutschen Sieg, denn sie erwarteten ein baldiges Ausscheiden des revolutiongeschüttelten Russlands aus dem Krieg und danach den Endsieg im Westen. Hinter den Kulissen organisierten sie daher im geheimen Zusammenwirken mit der OHL den Sturz des friedensbereiten Kanzlers, um den Krieg mit einem neuen Kanzler bis zum Sieg fortzusetzen (Karuscheit 2017: 50-78). Als sichergestellt war, dass Bethmann vom Reichstag keine Unterstützung erhalten würde, verlangte die OHL vom Kaiser seine Entlassung, und da bis auf die politisch einflusslosen Linksliberalen sämtliche Reichstagsparteien sich gegen ihn aussprachen, musste er zurücktreten. Anschließend konnte der Krieg mit Michaelis als neuem Kriegskanzler wie geplant weitergeführt werden; die Friedensgespräche mit dem Vatikan ließ der neue Regierungschef im Sande verlaufen.⁹

⁹ Nachdem im Oktober 1918 fest stand, dass der Kanzlersturz den Krieg um mehr als ein Jahr verlängert hatte und statt eines möglichen Remisfriedens eine schwere Niederlage das Ergebnis war, hatten die Beteiligten jeden Grund, ihre Verantwortung zu vertuschen. Wie wollte man das Zusammenwirken von SPD/Zentrum und der OHL beim Kanzlersturz und die Regierungsübernahme durch einen uneingeschränkt zur Fortführung des Kriegs entschlossenen Kanzler auch erklären? Die Kriegserinnerungen Erzbergers und Scheidemanns legen von dem gefundenen Ausweg Zeugnis ab: die arglosen, machtungewohnten Parlamentarier waren überfordert und ließen sich von einer mit allen Wassern gewaschenen OHL missbrauchen (Karuscheit 2017: 72). Die Geschichtsschreibung hat dieser Legende bis auf wenige Ausnahmen Glauben geschenkt, nicht zuletzt, weil bis heute keine wissenschaftliche Monografie zur Julikrise 1917 existiert.

OHL-Diktatur mit Teilhabe der SPD

Parallel zum Kanzlersturz verabschiedete der Reichstag mit den Stimmen von SPD, Zentrum und FVP eine Friedensresolution, die die wachsende Friedenssehnsucht der Massen aufgriff und unter Wiederholung der Friedensformel des Petersburger Sowjets einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen forderte.

Öffentlichkeitswirksam an alle kriegführenden Mächte gerichtet, hofften die kriegsmüden Massen, dass die Kriegsgegner das scheinbar selbstlose Friedensangebot annehmen würden und bald ein Frieden ohne Sieger und Besiegte geschlossen werden könnte. Doch nachdem Bethmanns Nachfolger die von diesem begonnenen Friedensgespräche mit dem Vatikan nicht weiterführte, sondern die Fortsetzung des Kriegs betrieb, hatten die Alliierten keinen Grund, auf die Friedensresolution zu reagieren. So konnte die SPD-Führung den Arbeitermassen erklären, dass die Kriegsgegner die zur Versöhnung der Völker ausgestreckte Hand schnöde zurück gewiesen hätten, weil sie die vollständige Niederwerfung Deutschlands wollten. Infolgedessen blieb nichts anderes übrig, als die Reihen zu schließen und weiter das bedrohte Vaterland zu verteidigen.

Nach kurzer Zeit veranlasste die SPD-Führung die Auswechslung von Kanzler Michaelis, weil dieser durch die Duldung alldeutscher Propaganda und Eroberungspläne die mühsam gelungene erneute Einbindung der Arbeiterschaft gefährdete. Mit dem Placet von SPD und OHL trat an seine Stelle der Zentrumspolitiker Georg von Hertling. Nach außen übte die OHL in der zweiten Kriegshälfte eine diktaturähnliche Herrschaft aus. Aber sie konnte dies nur mit stillschweigender Zustimmung des Reichstags und vor allem der SPD tun. Spätestens seit dem Sturz Bethmanns im Sommer 1917 muss man nicht nur von einem Kriegs-, sondern auch von einem stillschweigenden Machtbündnis zwischen Militäradel und Sozialdemokratie ausgehen. Noch saß der Militäradel dabei in der Vorhand, doch in der Novemberrevolution drehten sich die Gewichte um.

3. Die Novemberrevolution: vom Umsturz zur Konterrevolution

Als ein Jahr später die militärische Niederlage Deutschlands trotz des Ausscheidens Russlands aus dem Krieg unausweichlich wurde, leitete die OHL die Parlamentarisierung des Reichs ein, um den US-Präsidenten Wilson als Friedensvermittler zu gewinnen. Der unvorbelastete Max von Baden wurde zum Kanzler gemacht, und im Oktober 1918 verabschiedete der Reichstag die Verfassungsänderungen, die dem Reichstag die zuvor verwehrtten Parlamentsrechte gewährten; ebenso fiel nun das preußische Dreiklassenwahlrecht. Jetzt traten auch zwei Sozialdemokraten in die Regierung ein, was die SPD bis dahin abgelehnt hatte, um nicht mit einer Kriegsregierung identifiziert zu werden.

SPD und Novemberrevolution

Die seit langem brodelnde revolutionäre Flut ließ sich jedoch nicht aufhalten. Als sie Anfang November losbrach, wurde das Heer binnen weniger Tage von Soldatenräten beherrscht, stürzten die Fürstenthronen einer nach dem anderen und übernahmen in allen größeren Städten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht. In einem letzten Versuch, die Monarchie zu retten, trat der sozialdemokratische Parteivorsitzende Friedrich Ebert am Mittag des 9. November 1918 als Reichskanzler an die Stelle Max von Badens, in der Hoffnung, die revolutionären Massen dadurch zu beruhigen. Seine erste Aktion war ein Aufruf an alle Behörden und Beamten, auf ihren Posten zu bleiben, desgleichen ließ er die bisherigen Staatssekretäre (Minister) sowie die Militärführung im Amt (die Aufrufe Eberts als Reichskanzler in: Müller 1973: 226ff).

„Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie hatten sich mit der Oktoberreform am Ziel ihrer Wünsche gesehen. In ihren Augen war der Novemberumsturz ebenso überflüssig wie schädlich“. (Kolb; Schumann 2013: 11) Die Parlamentarisierung der Monarchie ermöglichte es ihnen, als stärkste Reichstagspartei die Regierung zu übernehmen und den „Junkerstaat“, wie von Bebel erhofft, in die Hand zu bekommen; die Kanzlerschaft Eberts realisierte diese Zielsetzung. Die Parteiführung hatte also jeden Grund, die Revolution zu bekämpfen – in den bekannten Worten Eberts: „ich hasse sie wie die Sünde“ komprimierte sich die Position der SPD-Spitze, deren jahrelang verfolgtes Machtkonzept mit einem Mal durch die Revolution bedroht wurde.

Eine revolutionäre Bewegung ohne Führung

Die sozialdemokratische Regierungsübernahme hatte nicht die erhoffte beruhigende Wirkung, außerdem rief Scheidemann am Nachmittag des 9. November gegen die Willen der Parteiführung die Republik aus, um der Ausrufung einer sozialistischen Republik durch Liebknecht zuvor zu kommen. Eberts Kanzlerschaft endete also nach wenigen Stunden und die Parteiführung musste sich auf eine neue Lage einstellen. Als erstes musste sie akzeptieren, dass die USPD inzwischen fast gleichstark war wie sie selber und insbesondere die aktivsten Teile der Rätebewegung darin ihre Vertretung sahen. Auf Vorschlag der SPD wurde deshalb eine gemeinsame Revolutionsregierung aus je drei Vertretern von SPD und USPD gebildet, der „Rat der Volksbeauftragten“. Da die USPDler in sich zerstritten und ohne politische Konzeption waren, fiel es nicht schwer, sie an die Wand zu spielen; Ende 1918 verließen sie den Rat, der von da an nur noch aus SPD-Mitgliedern bestand.

Die zweite, entscheidende Herausforderung war die Rätebewegung. Sie verfügte über die reale Macht im Staat und der Rat der Volksbeauftragten konnte nur in dem von ihr gesteckten Rahmen agieren. Vom 16.-20. Dezember tagte in Berlin der Zentrale Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, um die künftige Gestaltung Deutschlands festzulegen. Weniger als ein Viertel der Delegierten sprach sich für ein Räte-System als Grundlage der Verfassung aus,

die große Mehrheit entschied sich für ein parlamentarisches Regierungssystem und für den 19. Januar als Termin für die Wahl zur Nationalversammlung.

Gleichzeitig beschloss der Kongress eine Reihe von Maßnahmen, die die Umwälzung des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats zum Gegenstand hatten – sofern sie umgesetzt wurden. Dazu gehörte die „Zertrümmerung des Militarismus“, die Schaffung einer Volkswehr anstelle eines stehenden Heeres sowie die Sozialisierung „aller hierfür reifen Industrien“. In diesen Forderungen „wurde umrisshaft ein >Programm< sichtbar, für das es in der demokratischen Massenbewegung dieser Wochen einen breiten Konsens gab: >Demokratisierung< vor allem des Heeres, der Verwaltung und der Wirtschaft“ (Kolb; Schumann 2013: 15). Dazu kam noch die Forderung nach einer Landreform, sprich nach Zerschlagung des junkerlichen Großgrundbesitzes, die zwar vom Rätekongress nicht explizit beschlossen wurde, aber einem breiten Konsens entsprach.

Bis auf die Sozialisierung der Schwerindustrie gehörten diese Forderungen bereits zum Programm der Revolution von 1848/49. Wäre die SPD in der Vorkriegszeit eine *bürgerlich-reformistische* Arbeiterpartei geworden, hätte sie zumindest einen maßgeblichen Teil davon umgesetzt und so der bürgerlichen Revolution zum Durchbruch verholfen. Jedoch standen die Beschlüsse des Rätekongresses „zum Konzept der SPD-Führung in eindeutigen Widerspruch“ (ebda) und setzte diese alles daran, sie zu unterlaufen.

Das fiel ihr umso leichter, weil keine revolutionäre Organisation existierte, um das vom Rätekongress formulierte Programm aufzugreifen. Während die USPD, zwischen gegensätzlichen Richtungen zerrissen, unfähig zu einer stringenten Politik überhaupt war, verfügte Spartakus/KPD über ein eigenes Revolutionskonzept, das sogenannte „Oktoberprogramm“. Dieses Programm sah jedoch eine proletarische Alleinrevolution zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats vor und war angesichts der sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland zum Scheitern verurteilt. In Russland hatte Lenin, um den Sieg der Oktoberrevolution zu sichern, das jahrelang verfochtene Agrarprogramm der SDAPR über Bord geworfen, das Programm der Sozialrevolutionäre übernommen und so die Unterstützung der Bauern für die Regierungsübernahme durch die Bolschewiki erhalten. Luxemburg hielt diese Wende Lenins für falsch, sie dachte nicht daran, ihre Sozialismusstrategie für Deutschland umzustößeln.

Unter diesen Umständen hatte die SPD ein leichtes Spiel, denn im Unterschied zu den anderen Kräften besaß sie mit der Wiederherstellung des preußisch-deutschen Beamtenstaats ein realistisches politisches Konzept. Zwar hatte es einen formalen Staatswechsel gegeben, aber die gesellschaftlichen Strukturen der bisherigen Ordnung waren unangetastet geblieben, so dass es nur darauf ankam, den alten Staatsapparat wieder in seine Rechte einzusetzen. Diesem Ziel gemäß agierte sie in den kommenden Wochen und Monaten.

Konterrevolution unter Regie der SPD

Statt den Militarismus zu zertrümmern, wie vom Rätekongress gefordert, setzte sie das im Krieg zustande gekommene Bündnis mit dem Militäradel fort (*Ebert-Groener-Pakt*), garantierte die Fortexistenz des preußisch-deutschen Offizierskorps und setzte die vorhandene bewaffnete Macht aus konterrevolutionären Heereseinheiten und neu gebildeten Freikorps ein, um die revolutionär-demokratische Bewegung zu zerschlagen und die eigene Regierungsmacht zu sichern.

Mit dem *Stinnes-Legien-Abkommen* zwischen Schwerindustrie und Gewerkschaftsführung wendete sie die Sozialisierung der Zechen und Stahlwerke gegen eine Reihe sozialpolitischer Zugeständnisse ab.

Statt eine Landreform durchzuführen, setzte sie bewaffnete Kräfte ein, um die ostelbischen Gutsbesitzer gegen aufbegehrende Landarbeiter zu schützen.

Die Räte, die allerorten die Demokratisierung von Verwaltung und Polizei eingeleitet hatten, wurden von ihr entmachtet, das alte Justizwesen wieder in Gang gebracht, Staat und Kirche nicht voneinander getrennt. Als die Weimarer Verfassung Mitte 1919 die „wohlerworbenen Rechte“ des Berufsbeamtentums in Verfassungsrang erhob, war die Restauration des obrigkeitlichen Staatsapparats abgeschlossen. Damit korrespondierte der Aufbau der Reichswehr als Staat im Staat in den 20er Jahren.

Bei ihrer Zusammenarbeit mit den Vertretern der alten Ordnung handelten die Sozialdemokraten in der Überzeugung, dass sie diese dauerhaft mit Hilfe des Parlamentarismus beherrschen könnten. Deshalb wandten sie sich auch gegen die überfällige Zerschlagung des Landes Preußen, da sie hier bei Landtagswahlen mit stabilen Mehrheiten rechnen konnten, während im Süden das Zentrum stark war. Sollten sie daher auf Reichsebene die Regierungsgewalt verlieren, würde Preußen ihnen weiterhin als Machtbastion dienen. Der von Hindenburg befohlene und von der Reichswehr exekutierte „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 zerstörte diese Illusion gründlich.

Wie die Revolution von 1848/49 blieb auch der Novemberumsturz von 1918 auf diese Weise eine unvollendete bürgerliche Revolution. Im ersten Anlauf scheinbar siegreich, vermochte er es nicht, seinen Sieg zu festigen, so dass den von der Sozialdemokratie angeführten reaktionären Kräften ein roll back gelingen konnte.

Schluss: Legendenbildung

Ihr Vorgehen legitimierte die SPD-Führung mit der Begründung, dass sie der von Spartakus/KPD ausgehenden Umsturzgefahr entgegen treten musste, um eine drohende bolschewistische Diktatur abzuwehren und Deutschland vor dem Chaos zu retten. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde diese Sichtweise in der

neuen Westrepublik nicht zuletzt im Zeichen des Kalten Kriegs als Urteil der Geschichtsschreibung übernommen.

Beginnend mit den 60er Jahren machten sich dann einige Historiker erstmals daran, die Revolutionsgeschichte anhand der Quellen zu untersuchen (Kolb; Schumann 2013: 170ff). Das Ergebnis ihrer Arbeiten war ernüchternd: weder militärisch noch politisch stellten Spartakus/KPD jemals eine ernst zu nehmende Bedrohung dar – die von der SPD behauptete bolschewistische Gefahr war „ein propagandistisch erzeugter Popanz“ (Wette 1987: 792). Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse war die Schlussfolgerung unausweichlich, dass die Zusammenarbeit mit den preußischen Militärs nicht alternativlos war, wie bis dato behauptet, sondern dass „die SPD-Führung ... den ihr zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum nicht ausreichend genutzt hat, um den Abbau obrigkeitsstaatlicher Strukturen voranzutreiben“ (Kolb; Schumann 2013: 176).

Aber welche Begründung gab es für die Versäumnisse, in deren Konsequenz die Weimarer Demokratie ohne ausreichendes Fundament blieb? Die Erklärung dafür hatte der SPD-Parteivorstand bereits in einem Aufruf vom 17.10.1918 geliefert, denn nur „um unser Land und sein Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren, haben Vertreter unserer Partei das Opfer auf sich genommen und sind in die Regierung eingetreten“ (in Miller 1978: 35). Damit war eine Vorlage für die spätere Geschichtsschreibung gegeben, die von der Historikerin Miller in ihrem 1978 erschienen Werk „Die Bürde der Macht“ besonders einfühlsam aufgenommen worden ist: „Regieren bedeutete für die Mehrheitssozialdemokraten ... nicht die Erfüllung einer selbstverständlichen, lang ersehnten und wohl vorbereiteten Aufgabe, sondern die bittere Notwendigkeit, auf nationale Katastrophen zu reagieren.“ (ebda: 445) Dem entspricht die gültige Lesart der Geschichte: Jahrzehntlang von der Regierungsverantwortung fern gehalten, waren die Sozialdemokraten den Umgang mit der Macht nicht gewohnt und schreckten deshalb davor zurück, die ihnen unfreiwillig zugefallene Macht gegen die Feinde der Demokratie von rechts einzusetzen, mit der Folge: „Die sozialdemokratische Machtscheu schwächte die parlamentarische Demokratie“ (Winkler 1987: 952).

Diese Behauptung einer überforderten, machtscheuen SPD ist eine Legende, die von den führenden Sozialdemokraten selber in die Welt gesetzt wurde. Real war die SPD in der Vorkriegszeit zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei geworden und verfolgte ihre Führung ein klares politisches Ziel, nämlich die Übernahme des vordemokratischen, preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats, um diesen unter sozialdemokratischer Leitung fortzuführen. Im Gefolge der deutschen Kriegsniederlage hatte die SPD dieses Ziel *vor der Novemberrevolution erreicht*. Die Revolution der Massen stellte in dieser Strategie einen unerwünschten Störfaktor dar, denn sie führte nicht nur zu einem von der SPD-Führung ungewollten Wechsel der Staatsform; vor allem verfocht die spontane

SPD und Novemberrevolution

Rätebewegung das Programm einer demokratischen Revolution gegen die von der Sozialdemokratie soeben übernommene alte Ordnung.

In konsequenter Umsetzung ihres Konzepts wandte sich die SPD daher im Bündnis mit dem preußischen Militäradel gegen die Novemberrevolution, wehrte alle Ansätze zur Demokratisierung von Staat und Wirtschaft ab, ließ die aufbegehrenden Teile der Arbeiterbewegung niederschlagen und sicherte die vordemokratischen Strukturen von Staat und Gesellschaft. Der daraus hervorgehende Staat von Weimar war seinem Wesen nach kein neuer Staat, sondern die Fortsetzung der alten Ordnung im Gewand der Republik – das Produkt nicht einer siegreichen Revolution, sondern einer von der SPD organisierten Konterrevolution. Entsprechend kurzlebig war er.

Literatur:

Bartel, Horst und **Engelbert**, Ernst (1971) (Hrsg): Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871 – Voraussetzungen und Folgen; zwei Bände. Berlin (Ost): Akademie-Verlag

Beer, Max (1924): Krieg und Internationale. Wien: Verlag für Literatur und Politik

Bernstein, Eduard (1969): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Bley, Helmut (2014) (Hg): Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913. Hannover: Offizin-Verlag

Grebing, Helga (1970): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. München: dtv

Grebing, Helga (1985): Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914. München: dtv

Groh, Dieter (1974): Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Frankfurt/M-Berlin-Wien: Ullstein

Haffner, Sebastian (1993): Der Verrat. Deutschland 1918/19. Berlin: Verlag 1900

Herbert, Ulrich (2017): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München: Beck

Karuscheit, Heiner (2014): Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg. Hamburg: VSA

Karuscheit, Heiner (2017): Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar. Hamburg: VSA

- Kaufmann**, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt/M: Suhrkamp
- Kautsky**, Karl (1972): Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution; Neuauflage hrsg. und eingeleitet von Georg Fülberth. Frankfurt/M: Europäische Verlagsanstalt
- Klönne**, Arno (1984): Die deutsche Arbeiterbewegung vor 1914 – eine Friedensbewegung? in Heiss, Gernot und Lutz, Heinrich (Hg): Friedensbewegungen: Bedingungen und Wirkungen. München: Oldenbourg
- Klönne**, Arno (1989): Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen. München: dtv
- Kolb**, Eberhard (1978): Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919. Berlin: Ullstein (Düsseldorf 1962: Droste)
- Kolb**, Eberhard und **Schumann**, Dirk (2013): Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Band 16); München: Oldenbourg
- Kluge**, Ulrich (1975): Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht
- Luxemburg**, Rosa (1974): **Gesammelte Werke Band I (1893-1905)**, Erster Halbbd: Berlin (Ost): Dietz
- Miller**, Susanne (1978): Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 63. Düsseldorf: Droste
- Müller**, Richard (1973): Die Novemberrevolution; Berlin (West): Olle & Wolter
- Oncken**, Emily (1981): Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911, Düsseldorf: Droste
- Wehler**, Hans-Ulrich (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, 1849-1914. München: Beck
- Wette**, Wolfram (1987): Gustav Noske. eine politische Biographie. Düsseldorf: Droste
- Wette**, Wolfram (Hrsg) (2005): Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag
- Wette**, Wolfram (2008): Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M: Fischer
- Winkler**, Heinrich August (1987): Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Berlin/Bonn: Dietz Nachf.

Heiner Karuscheit

August Bebel als Vaterlandsverteidiger

Die Stellung des SPD-Parteivorsitzenden zur Kriegsfrage 1910 – 1913

Vom September 1910 bis zu seinem Tod im August 1913 stand der SPD-Parteivorsitzende August Bebel in geheimer Verbindung mit der britischen Regierung, um diese vor einem bevorstehenden Angriff der deutschen Schlachtflotte zu warnen. 2014 ist die erweiterte Neuauflage einer Studie zu diesen Kontakten unter dem Titel "Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913".¹ Neben einem ausführlichen Vorwort des Herausgebers und ergänzenden Schriftstücken enthält der dokumentarische Hauptteil den Briefwechsel und die Unterredungen Bebels mit dem britischen Generalkonsul in der Schweiz, Heinrich Angst, den er in Zürich kennen gelernt hatte, wo seine Tochter lebte und er sich seit Ende der 1890er Jahre regelmäßig aufhielt. Durch ihn ließ er seine Warnungen dem Foreign Office in London zukommen.

Die Lektüre erhellt nicht nur die Frage, wie es dazu kam, dass die SPD im August 1914 die Vaterlandsverteidigung befürworten konnte, ohne sich zu spalten. Über die Kriegsfrage hinaus geben die Äußerungen Bebels zu den Herrschaftsverhältnissen in Deutschland wie in einem Brennglas Einblick in die politische Gedankenwelt eines Mannes, der bis zu seinem Tod 1913 an der Spitze der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stand und die Konzeption bestimmte, mit der diese in den Krieg ging.

Der befürchtete Schlachtflottenkrieg gegen Großbritannien

Gleich in seinem ersten Gespräch mit dem britischen Generalkonsul in Zürich Ende September 1910 sagte Bebel einen Krieg gegen Großbritannien voraus: "Die Katastrophe wird, glaube ich, 1912 kommen, wenn nicht früher. Preußen kann nicht hoffen, jemals in einer besseren Position für einen plötzlichen Angriff auf England zu sein, als dann, wenn die Seestreitkräfte in den modernsten Kampfeinheiten fast gleichwertig sind, während sich Englands Verteidigung zu Lande noch in chaotischem Zustand befindet." (Bericht Angst vom 4. Oktober 1910 an den britischen Außenminister Edward Grey über ein Gespräch mit Bebel eine Woche zuvor) Bei der Gelegenheit äußerte der SPD-Parteivorsitzende zugleich sein Unverständnis darüber, "was sich die Britischen

¹ Helmut Bley (Hrsg): Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904-1913, Offizin-Verlag, Hannover 2014; die folgenden Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Werk. Der hier abgedruckte Artikel ist die überarbeitete und erweiterte Fassung einer Rezension, die in der Nr. 1/2015 der Zeitschrift *Sozialismus* erschienen ist.

Regierungen und das Volk dabei denken, Deutschland so nah mit seiner Flottenrüstung an sich heranschleichen zu lassen."

Die Warnung vor einem deutschen Überfall auf Großbritannien wiederholte Bebel in der Folgezeit regelmäßig. Sie erwuchs nicht allein aus Sorge vor einem Krieg als solchem, sondern war auch den befürchteten innenpolitischen Rückwirkungen geschuldet. So prophezeite er am 2. Januar 1912, "dass die englische Flotte gleich zu Beginn geschlagen werden würde, und dann wäre das Unheil für Deutschland ebenso groß wie für England. Alle liberalen und demokratischen Institutionen in Deutschland wären für eine Generation erledigt und unsere Partei eine Zeitlang ruiniert." (Gespräch vom 2. Januar 1912)

Um den nach seiner Auffassung unmittelbar bevorstehenden Krieg zu verhindern, beließ er es nicht bei bloßen Warnungen, sondern forderte die britische Regierung zur Aufrüstung auf, wie sein Gewährsmann nach London übermittelte: "Herr Bebel ist der Meinung, dass es nur einen Weg gibt, aber nur einen, den ruinösen Flottenwettlauf zwischen England und Deutschland zu beenden, nämlich die Aufnahme einer überwältigenden Sonderanleihe für die Flotte durch die Regierung seiner Majestät." (Brief Angst an Tyrell, 1. Mai 1911) Bebel selber äußerte: "Deutschland kann einfach nicht mehr Geld als jetzt für seine Flotte ausgeben ... Eine letzte, entschlossene Anstrengung von Seiten Englands, die eindeutige Vorherrschaft zur See wiederzugewinnen, wird Deutschland dazu bringen, das Handtuch zu werfen." (Gespräch mit Angst am 17. März 1912)

Diesen Gedanken betonte er bis zum Schluss: "Wenn die britische Regierung eine Sonderanleihe von sagen wir 40 Millionen Pfund für die Marine aufnähme, würden und könnten die Deutschen dem Beispiel nicht folgen." (Brief Angst an Tyrell, 18. März 1913) Die Furcht des SPD-Vorsitzenden vor der deutschen Schlachtflotte ging so weit, dass er sogar die Forderung nach einer allgemeinen Abrüstung ablehnte, weil dies dem Kaiserreich in die Hände spielen würde. (Bericht Angst an Grey, 4. Oktober 1912)

Die Reaktion der britischen Regierung

Bebels Entschluss, es nicht bei der öffentlichen Antikriegspolitik der SPD zu belassen, sondern den auswärtigen Klassenfeind insgeheim zur Aufrüstung aufzufordern, um den heimischen Klassenfeind zu bekämpfen, war zweifellos ungewöhnlich. Das Bekanntwerden dieser Verbindung nach dem 2. Weltkrieg führte bei einigen Historikern sogar zum posthumen Vorwurf des Landesverrats, obwohl die Mitteilungen nichts Geheimes enthalten, sondern wesentlich die politische Ideenwelt Bebels wiedergeben.

Doch welche Relevanz hatten Bebels Warnungen vor der deutschen Gefahr? Wie realistisch war seine Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen kaiserlicher Marine und Navy? Diese Frage beantwortete Heinrich Angst als Vertreter der britischen Interessen selber. In einem Brief an Bebel erläuterte er dem deut-

Bebel als Vaterlandsverteidiger

schen Arbeiterführer "losgelöst von allen Mätzchen und Phrasen" die beiden Grundkonstanten der britischen Außen- und Militärpolitik, nämlich: "1) Die Übermacht der britischen Flotte, 2) Bewahrung des politischen und militärischen Gleichgewichts auf dem Kontinent." (Brief Angst an Bebel, 14. April 1913) Diese Axiome waren jedem außenpolitisch Interessierten in Europa geläufig. Sie ergaben sich aus der Insellage Großbritanniens und der Notwendigkeit, zwecks Beherrschung des Empire den Rücken auf dem Kontinent frei zu halten. Unabhängig davon, welche Partei die Regierung stellte, bestimmten sie die Außen- und Rüstungspolitik des Inselstaats.

Doch woher rührten dann die Befürchtungen Bebels? Hierzu bemerkte der britische Außenminister Edward Grey in einem Schreiben an Angst gleich nach der ersten Kontaktaufnahme, dass in dem gerade geführten Wahlkampf die Marinerüstung "mit einer gewissen parteipolitischen Erregung diskutiert" worden sei. Dann fuhr er trocken fort: das "hat im Ausland dazu geführt, ihre Stärke ebenso zu unterschätzen wie das Ausmaß dessen, was getan wird, um ihre Überlegenheit zu erhalten." (Brief Grey an Angst, 13.10.1910) Er ließ also keinen Zweifel daran, dass London trotz zeitweise interner Differenzen an der Überlegenheit zur See festhielt und wies dezent darauf hin, dass Bebel das Wahlkampfgetöse offenbar für bare Münze genommen habe.

Im britischen Unterhaus-Wahlkampf war die deutsche Gefahr hochgespielt und wider besseres Wissen eine Gefährdung Englands behauptet worden, um angesichts zunehmender sozialer Forderungen den kostenträchtigen Ausbau der Kriegsflotte zu rechtfertigen. Durch die Auswertung der inzwischen frei gegebenen Akten weiß man mittlerweile definitiv, dass die britische Admiralität über den Stand der deutschen Marinerüstung zu jeder Zeit informiert war und die Dominanz der Navy nie in Zweifel zog.² Außerdem hielt England nicht nur seine Kriegsmarine auf Stand, sondern realisierte auch die zweite von Angst konstatierte Maxime seiner Außenpolitik, nämlich die Vorherrschaft *eines* Staates auf dem Kontinent zu verhindern. Um das Kaiserreich einzudämmen, schloss es 1904 ein Bündnis mit Frankreich und 1907 eines mit Russland.

Bley als Herausgeber der Dokumente sieht in dem Vorgehen des SPD-Vorsitzenden "kein durchdachtes Konzept eines international orientierten Sozialisten". Er weist darauf hin, dass Bebel aus dem Handwerkerflügel der liberalen Bewegung kam und offenbar nach wie vor dem Klischee des liberalen England anhing, das zu den außenpolitischen Grundannahmen des deutschen Liberalismus in der Reichsgründungszeit gehört hatte.

² Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg; München 2011

Interne Machtkämpfe

Nun muss zur Ehrenrettung Bebels gesagt werden, dass er nicht einfach nur den "Mätzchen und Phrasen" des britischen Wahlkampfs auf den Leim ging. Auf deutscher Seite verfolgten die Nationalliberalen als tonangebende bürgerliche Partei zusammen mit der Marineleitung die erklärte Absicht, Deutschland für eine Auseinandersetzung mit Großbritannien hochzurüsten, um eine Weltmachtstellung mitsamt einem Kolonialreich in Mittelafrrika zu erobern.

Doch wie realistisch waren diese kriegerischen Tendenzen? Zum einen ist zu konstatieren, dass es nicht gelang, die notwendige Überlegenheit zur See herzustellen und dies den Verantwortlichen auch bewusst war. Die britischen Seestreitkräfte schlossen nach Ausbruch des Weltkriegs 1914 einen Blockadering um das Reich, ohne dass man etwas dagegen unternehmen konnte. Ein Mal nur lief das Gros der deutschen Schlachtflotte aus, um sich im Skagerrak eine Seeschlacht mit der Navy zu liefern, und dieser Kampf bewies in der Praxis, was schon vorher klar war, nämlich dass die eigene Kriegsmarine nicht in der Lage war, es mit der gegnerischen Schlachtflotte aufzunehmen und die Seeherrschaft Londons zu brechen.

Abgesehen von der rüstungstechnischen Seite war die andere Frage, ob die Vertreter der Welt- und Schlachtflottenpolitik einen möglichen Krieg auch intern durchsetzen konnten. Inwieweit waren sie in der Lage, die politische und vor allem militärische Führung des Reichs für einen weltpolitischen Waffengang hinter sich zu bringen?

Der Übergang zum Imperialismus 1897 und zum Bau einer gewaltigen Schlachtschiffflotte gründete sich auf den industriellen Aufstieg des Kaiserreichs und war ein bürgerlich-liberales, von Wilhelm II unterstütztes Projekt. Das in Preußen herrschende, agrarisch fundierte Junkertum, dem das Landheer unterstand, hatte an der Weltpolitik kein Interesse. Insbesondere die kostenträchtige Schlachtflotte war für die Großagrarien stets die "grässliche, hässliche Flotte", deren Bau sie nur deswegen zugestimmt hatten, weil im Gegenzug die Getreidezölle um das Fünffache erhöht wurden. Die Untersuchungen Eckart Kehrs, insbesondere sein Werk "Schlachtflottenbau und Parteipolitik", haben diesen Zusammenhang in aller Gründlichkeit herausgearbeitet.³

Doch die Tolerierung des Flottenbaus bedeutete nicht, dass der Militäradel auch mit einem Krieg gegen Großbritannien einverstanden war. Aufgrund der geographischen Lage Deutschlands war ein solcher Seekrieg nicht isoliert möglich, sondern musste durch einen Landkrieg gegen das seit 1904 mit London

³ Eckart Kehr: Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894–1901, Berlin 1930 (Nachdruck Vaduz 1966); ders.: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg und eingeleitet von H.U.Weher, Berlin 1976

Bebel als Vaterlandsverteidiger

verbündete Frankreich flankiert werden, gegebenenfalls auch gegen Russland. Klassenspezifisch ausgedrückt: die Bourgeoisie konnte einen Seekrieg gegen London nicht ohne das Landheer der Junker führen. Umgekehrt konnten die Junker sehr wohl einen Kontinentalkrieg ohne die Schlachtflotte führen – was der Krieg 1914-18 unter Beweis stellte.

Bebel selber betonte in den Besprechungen mit Angst regelmäßig die Macht des Junkertums: "Preußen zu reformieren ist unmöglich; es wird der Junkerstaat bleiben, der es zur Zeit ist". (Gespräch vom 4.10.1910) Aber was sollte den mächtigen Militäradel dazu bewegen, mit seinem Heer kontinentalen Flankenschutz für einen weltpolitischen Krieg gegen London zu geben, der allein im Interesse der Bourgeoisie lag? Nach Bismarcks Abgang 1890 konnten die bürgerlich-liberalen Kräfte das Außenministerium übernehmen und der den Nationalliberalen nahestehende Bernhard von Bülow, der Architekt der Weltpolitik, konnte sogar Kanzler werden. Doch der bürgerliche Spielraum hatte zwei eherne Schranken: im Innern durfte die außerparlamentarische Stellung der Armee und damit die junkerliche Vormachtposition nicht angetastet werden und im Äußeren behielt sich der Militäradel die Entscheidung über die Frage von Krieg und Frieden vor.

Der unrealistische Krieg: die Marokko-Krise 1911

Diese Umstände erklären den Ablauf der Marokko-Krise 1911, die als Krieg-in-Sicht-Krise den Angelpunkt von Bebels Kontakten mit Angst bildet.⁴

Ihr Ursprung war der Versuch des deutschen Außenministers Kiderlen-Wächter, Frankreich zur Abtretung seiner mittelafrikanischen Kolonien an das Kaiserreich zu zwingen; im Gegenzug würden die Deutschen auf ihre seit der ersten Marokkokrise (Algeciras-Konferenz 1906) verbrieften Interessen in Nordafrika verzichten. Zur Unterstreichung der deutschen Ernsthaftigkeit ließ er den Kaiser das Kanonenboot Panther nach Agadir schicken. Da das mit Frankreich verbündete Russland erkennen ließ, dass es einen Krieg um Kolonien nicht als Bündnisfall betrachten würde, machte die französische Regierung bereits Anstalten, dem deutschen Druck nachzugeben, so dass es für eine kurze Zeit so aussah, als ob die deutsche Drohpolitik Erfolg haben würde. Doch dann trat Großbritannien auf den Plan, erklärte, dass es eine Schwächung Frankreichs nicht hinnehmen würde, und ließ zur Bekräftigung seiner Entschlossenheit die Schlachtschiffe der Navy auslaufen.

Wenn die deutsche Regierung unter Bethmann Hollweg, wie vielfach behauptet, von Anfang an auf einen Krieg zur Erlangung einer Weltmachtstellung abzielte, dann war jetzt die Gelegenheit dazu, denn die Kriegskonstellation war ideal: Weil Russland seine Neutralität signalisiert hatte, musste man keinen

⁴ Zum Ablauf Emily Oncken: Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911; Düsseldorf 1981

Zweifrontenkrieg führen, und nur gegen Frankreich hatte das preußisch-deutsche Heer größte Siegeschancen. Bei einem Sieg über Frankreich (incl. der Eroberung Belgiens) würde man die dortigen Atlantikhäfen in die Hand bekommen und damit war der Ausgang aus dem Ärmelkanal in den Atlantik frei. Als Folge wäre das Reich blockadefest und könnte umgekehrt den britischen Inselstaat von seinen transatlantischen Nachschublinien abschneiden. Der Krieg würde also höchst aussichtsreiche Bedingungen schaffen, um die Auseinandersetzung mit London um eine Weltmachtstellung siegreich zu führen.⁵

Doch kaum stellte die britische Regierung sich auf die Seite von Paris, trat der Reichskanzler Bethmann-Hollweg den Rückzug an und signalisierte Kompromissbereitschaft. Warum tat er das, obwohl derselbe Mann drei Jahre später in einer viel ungünstigeren Ausgangssituation durch ein hochriskantes Vabanque-Spiel einen Weltkrieg provozierte?

Zum einen entsprach ein solcher Krieg nicht dem Konzept des Kanzlers, der 1909 nach dem Sturz Bülow's als Kompromisskandidat Regierungschef geworden war. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger war er kein Verfechter der Weltpolitik und verfolgte gegenüber London eine Politik der Entspannung. Aber selbst wenn er gewollt hätte – wie hätte er die Kriegsentscheidung durchsetzen können? Aus den eben genannten Gründen hatte der preußische Militäradel keinerlei Interesse daran, das Heer in einen Landkrieg gegen Frankreich zu schicken, um Schützenhilfe für die weltpolitischen Ambitionen der Bourgeoisie gegen Großbritannien zu leisten. Und angesichts seiner politisch-militärischen Machtstellung war es undenkbar, einen Krieg gegen seinen Willen zu führen. Das ist der Hintergrund, vor dem Bethmann dem britischen Auftreten nachgab, trotz der wütenden Proteste der Liberalen, die ihm Feigheit und Englandfreundschaft vorwarfen und ihm bis zu seiner Entlassung 1917 nicht verziehen, dass er die Kriegsgelegenheit 1911 nicht wahrgenommen hatte.

Im Zusammenhang mit dieser Krise hielt Bebel am 11. November 1911 eine bis heute vielzitierte Antikriegsrede im Reichstag, in welcher er vor der Katastrophe eines Weltkriegs warnte und prophezeite, dass nach "dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch" kommen würde. Nur führte der britisch-deutsche Gegensatz weder 1911 in Marokko noch später in den Krieg. Vielmehr entbrannte anstelle eines weltpolitischen Kriegs mit Großbritannien 1914 ein Kontinentalkrieg mit Russland und Frankreich, der seinem inneren Wesen nach ein Machtsicherungskrieg des Junkertums war. Die Vorgeschichte *dieses* Kriegs erlebte Bebel noch mit – und nahm dazu eine ganz andere Position ein als zu dem Krieg gegen Großbritannien.

⁵ Im Weltkrieg war der Besitz der belgisch-französischen Atlantikhäfen das Hauptkriegsziel der bürgerlich-imperialistischen Kräfte, voran die Nationalliberalen mit Gustav Stresemann an der Spitze.

Der Umschlag 1912/13

Ausgangspunkt war die Reichstagswahl 1912. In deren Vorfeld teilte Bebel dem britischen Generalkonsul seine Auffassung mit, dass wie üblich eine "Verschwörung der andern Parteien gegen uns" stattfinden würde, "weil die bürgerlichen Parteien sich immer gegen die 'Sozis' zusammenschließen." (Brief Bebels an Angst vom 14. Januar und Gespräch vom 22. Januar 1912)

Die von Bebel unterstellte "Verschwörung" besagte, dass die anderen Parteien bisher durch Wahlkreisabsprachen dafür gesorgt hatten, dass die SPD bei den Wahlen erheblich weniger Sitze erhielt als ihrem Stimmenanteil entsprach (die Wahlkreise, in denen kein Kandidat im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erzielte, wurden durch Stichwahl entschieden). Auf diese Weise hatte die SPD bei der vorangegangenen Wahl 1907 eine schwere Wahniederlage erlitten, weil in diesem Jahr auch die linksbürgerliche DDP bei den Absprachen mitgemacht hatte, so dass die Zahl der SPD-Abgeordneten von 81 auf 43 geschrumpft war.

Aber die Wahl 1912 unterschied sich grundlegend davon. Im Jahr 1909 war das jahrzehntelange Bündnis von Konservativen und Nationalliberalen in einem Steuerstreit um die Finanzierung der Schlachtflotte irreparabel zerbrochen.⁶ Das hatte zur unmittelbaren Folge, dass Bülow, der Kanzler der Weltpolitik, durch Bethmann-Hollweg ersetzt wurde. Darüber hinaus gab es keine Wahlkreisabsprachen zwischen Konservativen und Liberalen, keine "Verschwörung der anderen Parteien gegen die Sozis" mehr, so dass 1912 ein völlig anderes Wahlergebnis zustande kam als 1907. Während Konservative und Nationalliberale schwere Mandatsverluste hinnehmen mussten, am meisten die Konservativen, eroberte die SPD mit 110 Mandaten fast ein Drittel der Reichstagsitze.

Dass Bebel nicht in der Lage war, die grundlegenden Veränderungen zu erkennen, die von dem Bündnisbruch 1909 ausgingen, hatte damit zu tun, dass er kein tieferes Verständnis der Klassenverhältnisse besaß. Er brachte es fertig, die Junker als reaktionäre Inhaber der Staatsmacht zu kritisieren – und sie im selben Atemzug derselben bürgerlichen Klasse wie die Bourgeoisie zuzurechnen. Der

⁶ Der Streit entzündete sich an dem Vorhaben des Kanzlers Bülow, einem Mann der Nationalliberalen, zwecks Deckung der Haushaltsausgaben für den Schlachtflottenbau eine reichsweite Erbschaftssteuer einzuführen, zu der erstmalig auch die preußischen Großgrundbesitzer herangezogen werden sollten. Um dies zu verhindern, organisierten die Konservativen den Sturz des Reichskanzlers; an seine Stelle trat Bethmann Hollweg, der ohne feste Mehrheiten im Parlament regieren musste und damit konfrontiert war, dass der Staat unregierbar wurde.

Der Konflikt von 1909 bedeutete mehr als nur eine normale Regierungskrise, denn mit ihm zerbrach der Klassenkompromiss von Bourgeoisie und Junkertum, der als "Reichsgründungskompromiss" den Staat jahrzehntelang getragen hatte. Von hier aus datiert eine Krise von Staat und Gesellschaft, die sich sukzessive vertiefte, bis sie schließlich 1914 in den Weltkrieg mündete. (zur weithin verkannten Sprengkraft dieser Schlüsselkrise: Karuscheit 2014, S. 179 ff)

stattfindenden Umgruppierung der Klassenkräfte stand er verständnislos gegenüber.

Vom missglückten Staatsstreich zum Kurs auf einen Krieg

Im Gegensatz zu Bebel begriffen die Junker die Tragweite des Geschehens von 1909/12. Seit 1909 unterstützte ihre Partei, die Konservativen, den neuen Kanzler nur noch von Fall zu Fall und zwang ihn so, eine Politik der sog "Diagonale" zwischen den Parteien mit wechselnden Mehrheiten für die Gesetzgebung zu betreiben. Aber noch hielten sie sich zurück, weil sie hofften, dass sich das Verhältnis zu den Nationalliberalen wieder kitten ließ.

Erst die Wahl 1912 zeigte, dass der Bruch endgültig war und dass ihnen der Untergang drohte, wenn sie keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Daraufhin reagierten sie mit aller Konsequenz. Als erstes versuchten sie gleich nach der Wahl, gemeinsam mit ihren Verbündeten aus der Schwerindustrie einen Bergarbeiterstreik an der Ruhr eskalieren zu lassen, um eine bürgerkriegsähnliche Situation herbei zu führen, in deren Zug die Verfassung außer Kraft gesetzt und das allgemeine Wahlrecht beseitigt werden sollte. Doch die Bergarbeiter ließen sich nicht auf die von den Zechenherren organisierten Provokationen ein, und Reichskanzler und Kaiser verweigerten sich einem Staatsstreich.

Danach besaßen sie nur noch *ein* Mittel zur Rettung der patriarchalischen Ordnung, nämlich einen Krieg, um ihre Herrschaft durch einen großen Sieg des von ihnen kommandierten Heeres auf weitere Jahrzehnte zu befestigen. Des damit verbundenen Risikos waren sie sich vollauf bewusst, aber welche Alternative hatten sie? Von jetzt an blockierten sie die Regierungsarbeit auf allen Ebenen, trieben die Krise von Staat und Gesellschaft voran, spielten die russisch-französische Gefahr hoch und nutzten jedes ergreifbare Mittel, um den widerstrebenden Kanzler in den gewünschten Krieg zu zwingen.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde 1913 eine umfangreiche Heeresvermehrung beschlossen. Die damit im Zusammenhang stehenden Mitteilungen Bebels gehören zu den letzten, die in der Studie Bleys dokumentiert sind – und enthüllen das Geheimnis, wieso die SPD 1914 einem Weltkrieg zustimmte, während Bebel drei Jahre zuvor noch alles unternommen hatte, um einen anderen Krieg zu verhindern.

Bis dahin hatten die Rüstungsvorhaben der kaiserlichen Regierungen stets sowohl das Heer als auch die Marine berücksichtigt – auch dies ein Produkt des Klassenkompromisses von 1870. Demgemäß verlangten die liberalen Imperialisten jetzt wiederum, neben dem Heer die Schlachtflotte zu verstärken. Doch diesmal liefen sie mitsamt dem Kaiser gegen eine Wand. An der Sitzung der Etatkommission des Reichstags, auf der die Rüstungsvorlage beraten wurde, nahm auch Bebel teil und informierte den britischen Generalkonsul anschließend darüber. Er berichtete, dass Großadmiral Tirpitz, der Schöpfer der

Bebel als Vaterlandsverteidiger

Schlachtflotte, in der Sitzung "mit der größten Erregung" hatte offenbaren müssen, dass die Marine leer ausgehen würde. Die Haushaltsberatung demonstrierte, so Bebel, dass "die Militärkaste, d.h. die preußischen Junker, wieder einmal ihre ungeheure Macht bewiesen haben, indem sie gleichzeitig die Flotten- und Kolonialenthusiasten und den Kaiser selbst besiegten."

Für den SPD-Vorsitzenden stand nach der Sitzung fest: "Für die Flottenanhänger ist das Spiel völlig aus, und England sollte sich dessen bewusst sein. (...) Wir können nicht länger mit England um die Flottenherrschaft konkurrieren." (Gespräch mit Angst am 18. März 1913) Worauf er jahrelang gehofft und durch seine Kontakte mit London hingearbeitet hatte, war endlich Wirklichkeit geworden: Deutschland hatte das maritime Wettrüsten verloren und *die Gefahr eines weltpolitisch-imperialistischen Kriegs gegen Großbritannien war vorüber*. Noch auf ihrem Friedenskongress in Basel Ende 1912 hatte die Sozialistische Internationale die "Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich" als "größte Gefahr für den Frieden Europas" benannt. Jetzt stand fest, dass die kaiserliche Marine nicht weiter aufgerüstet wurde, und damit schien die Kriegsgefahr vorüber zu sein.

Sozialdemokratische Vaterlandsverteidigung

Worüber Bebel seinem Verbindungsmann in Zürich nicht mehr berichtete, weil es die maritimen Gegensätze zwischen dem Kaiserreich und Großbritannien nicht betraf, war eine nichtöffentliche Sitzung mit Vertrauensleuten aller Parteien am 24. April 1913 im Reichstag, auf der die Heeresverstärkung von Vertretern des Militärs erläutert wurde. Von Seiten der SPD nahmen außer Bebel zwei weitere Reichstagsabgeordnete daran teil, Ledebour und Frank. Über ihren Verlauf sind wir aus den internen Berichten der bayrischen und württembergischen Militärbevollmächtigten informiert, die der Herausgeber der Bebel-Korrespondenz in die Dokumentensammlung aufgenommen hat. (abgedruckt als Dokument 82 a, S. 258 ff)

In der Zusammenkunft begründeten die Vertreter des Militärs die Notwendigkeit einer Nachrüstung mit den Rüstungsprogrammen Frankreichs und Russlands, die beweisen würden, dass diese Staaten einen Krieg gegen das Deutsche Kaiserreich planten. Zugleich legten sie dar, dass Deutschland im Kriegsfall gemäß den Vorgaben des Schlieffen-Plans zuerst Frankreich angreifen müsse (inkl. Durchmarsch durch das neutrale Belgien), um sich nach dem in Bälde erwarteten Sieg im Westen Russland zuzuwenden. Die anwesenden Führungsmitglieder der SPD mit Bebel an der Spitze nahmen die Ausführungen der Militärs ohne Widerspruch entgegen, sie protestierten nicht einmal gegen die angekündigte Neutralitätsverletzung Belgiens.

Im Anschluss an die Sitzung erarbeitete Bebel eine Stellungnahme, die im Mai 1913 vom Parteivorstand der SPD unter dem Titel "Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie" als Flugschrift

herausgegeben und in ganz Deutschland verbreitet wurde. Darin heißt es, dass "wir in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen einstweilen noch rechnen (müssen), namentlich von Osten her." Ein solcher Krieg würde wegen der vorhandenen Staatenbündnisse zum Weltkrieg werden und "unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen", woraus folgerte, "dass die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht". (Dokument 82 b, S. 272)

Das war eine vollständig andere Stellung als zuvor bei dem befürchteten Schlachtflottenkrieg gegen Großbritannien. Angesichts der von den Militärs behaupteten Gefahr für das Vaterland "vom Osten her" befürwortete der Parteivorstand die Notwendigkeit der "Vorbereitung einer starken Schutzwehr", stimmte also kaum verhüllt der Aufrüstung zu und signalisierte mit der Fragestellung von "Sein oder Nichtsein" ebenso offen die Bereitschaft zur Vaterlandsverteidigung an der Seite der Regierung.

Damit führte er die Linie fort, die den russischen Zarismus seit der bürgerlichen Revolution von 1848 als Gendarm Europas und Hauptfeind des Fortschritts deklarierte. Diese Einschätzung war wohl bereits seit Russlands Niederlage im Krimkrieg überholt, weil der Zarismus damit aufhörte, europäische Ordnungsmacht zu sein. Definitiv war sie seit dem verlorenen Krieg des Zarenreichs gegen Japan und der anschließenden Revolution von 1905-07 verfehlt. Doch der Parteivorstand negierte alle Versuche, die antirussische Position zur Vaterlandsverteidigung zu revidieren, und Bebel verkündete weiterhin im Reichstag, dass er in einem Krieg mit dem barbarischen Russland jederzeit "die Flinte auf den Buckel" nehmen würde, um die Zivilisation und die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung zu verteidigen.

Die Macht der "Militärkaste"

Als Begründung für dieses Verhalten arbeitet der Herausgeber in seiner Vorbemerkung heraus, dass Bebel zwar die Flottenrüstung als expansiv, aber die kontinentale Militärpolitik als defensiv beurteilte. (S.121) Bley hält diese Unterscheidung für verfehlt, doch in diesem Punkt hatte Bebel recht – allerdings nur bis 1912. Anders als die Welt- und Schlachtflottenpolitik der bürgerlich-liberalen Imperialisten, die auf eine Neuaufteilung der Welt zielte, war die kontinental bestimmte Außenpolitik des preußischen Militäradels im Grundsatz defensiv angelegt. Was sollten die ostelbischen Gutsbesitzer auch mit territorialen Eroberungen anfangen? Sie hatten genug mit ihren Gutswirtschaften zu tun und brauchten keine neuen Ländereien. Wenn Bismarck wiederholt erklärt hatte, das geeinte Deutschland sei "saturiert" und der ganze Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert, so drückte sich darin diese Grundposition aus.

Bebel als Vaterlandsverteidiger

Zwar konnten die Nationalliberalen nach Bismarcks Abdankung 1890 die Außenpolitik gestalten, aber die Letztentscheidung über die Frage von Krieg und Frieden lag weiterhin beim Militäradel; das dokumentiert nicht zuletzt der Nicht-Krieg 1911. Nach dem Wahlsieg der SPD 1912 und dem Fehlschlag des daraufhin unternommenen Staatsstreichversuchs schlug die Position des Junkertums um, und da fiel die Entscheidung zum Krieg nicht aus außenpolitischen Erwägungen bzw. um territorialer Eroberungen willen, sondern aus Angst vor dem Machtverlust.

Bebel vermerkte zu Recht, welch "ungeheure Macht" die junkerliche Militärkaste besaß, so dass sie sich gegen die liberalen Imperialisten trotz deren Unterstützung durch den Kaiser durchsetzen konnte. Aber er zog keinerlei Schlussfolgerungen daraus – weder im Hinblick auf die Herrschaftsverhältnisse im Kaiserreich noch im Hinblick auf die zunehmende Kriegsgefahr. Obwohl mittlerweile die Forderung nach einem Krieg als Ausweg aus der inneren Krise des Reichs unüberhörbar geworden war, brachte er die Rüstungsvorhaben des preußischen Militärs damit nicht in Zusammenhang und negierte, dass es bei der einsetzenden Kriegsvorbereitung nicht um die Existenz Deutschlands ging, sondern um das Überleben des Junkertums, das umso mehr auf die Verfügung über die Staatsmacht angewiesen war, je mehr ihre unproduktiven Gutswirtschaften in der internationalen Konkurrenz zurück fielen.

Schluss: An der Seite des Militäradels

In seiner Bewertung des SPD-Parteivorsitzenden konstatiert Bley kopfschüttelnd Bebels "Widersprüchlichkeit und unpolitische Naivität in wichtigen Fragen". Wer die dokumentierten Materialien nachliest, kann sich diesem Urteil nur anschließen.

Diese Widersprüchlichkeit hat einen Grund. Wie die SPD insgesamt hielt Bebel die bürgerliche Revolution in Deutschland mit der Reichseinigung 1870 für abgeschlossen. In der Logik dieses Dogmas durfte das ostelbische Junkertum keine eigene Klasse mehr sein, sondern musste zu einem Teil der Bourgeoisie geworden sein. Daher konnte er nicht begreifen, welche klassenpolitische Brisanz dem Hegemoniebruch von 1909 innewohnte, geschweige denn, dass daraus ein Machtkampf erwuchs, der sich auf das Gebiet der Außen- und Militärpolitik verlagerte und in einen Machtsicherungskrieg des Junkertums mündete.

Die Flugschrift von 1913 gehörte zu den letzten politischen Aktivitäten Bebels, wenige Monate vor seinem Tod und etwas über ein Jahr vor dem Großen Krieg. Wenn man diese Flugschrift und die anderen Stellungnahmen des Parteivorsitzenden zur Kenntnis nimmt, ist die Schlussfolgerung unabweisbar, dass die Sozialdemokratie 1914 in Verfolgung der von Bebel vorgegebenen Linie an die Seite des Militäradels trat.

"Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, ist die beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen."

Rosa Luxemburg

Alfred Schröder

Hundert Jahre russische Revolutionen

Kritische Rückschau auf einige Publikationen (Teil 1)

Rosa Luxemburgs vor 100 Jahren geäußelter Wunsch nach einer kritischen Aufarbeitung der russischen Revolution ist naheliegend und verständlich, hatte sie doch selbst in der oben zitierten Schrift neben pathetischem Lob auch deutliche Kritik an der Politik der Bolschewiki formuliert. Wie ist der Stand der historischen Aufarbeitung heute, ein Jahrhundert später, zu bewerten? Bevor wir uns mit den Publikationen der Linken befassen, soll zunächst ein Buch vorgestellt werden, das in gewisser Weise den Stand der bürgerlichen Wissenschaft in knapper und gut lesbarer Form zusammenfasst und damit einen tauglichen Parameter liefern kann, an dem die Publikationen der deutschen Linken zu messen sein werden.

Ein Blick auf den Stand der bürgerlichen Wissenschaft

Gemeint ist das aktuelle Werk von *Stephen A. Smith: Revolution in Russland, Darmstadt 2017*. Das Buch von annähernd 500 Seiten Umfang und einem Preis von knapp unter 40 Euro ist auch für den historischen Laien gut lesbar und informativ, ohne langweilig zu werden oder sich in Nebensächlichkeiten zu verlieren. Der Autor erweist sich unserer Meinung nach dem Thema in jeder Hinsicht gewachsen, sachkundig und auf dem Stand der wissenschaftlichen Forschung. Der von ihm behandelte Zeitraum reicht von den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der „Neuen ökonomischen Politik“ Ende der 20er Jahre, wobei gerade die NÖP in dem Buch besonders ausführlich (weit über 100 Seiten) dargestellt wird. In einem Schlusswort bezieht der Autor seine eigene politische Position zu den Ereignissen. Wer die historischen Besonderheiten Russlands und die Triebkräfte der Revolution verstehen will, kann in diesem Buch ausreichend Material finden, um sich ein eigenständiges Bild der historischen Ereignisse zu verschaffen. Wer ist Smith?

Stephen A. Smith ist Professor für Geschichte am All Souls College der Universität Oxford und einer der renommiertesten Russland-Historiker. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Sozialgeschichte Russlands und die Russischen Revolutionen (sowie „vergleichende Kommunismusforschung“). Wie uns der Verlag weiter im Klappentext mitteilt, sei er der „beste englische Kenner der

100 Jahre russische Revolutionen

russischen Revolution“. Nach so vielen Vorschusslorbeeren für den Autor nun zum Thema. Was hat die bürgerliche Forschung in den letzten Jahrzehnten an neuen Erkenntnissen über die Voraussetzungen, gesellschaftlichen Triebkräfte und politischen Parteien der russischen Revolution ans Licht gebracht oder problematisiert? Welche Erkenntnisse könnten linke Historiker aus diesem Forschungsstand ziehen?

An folgenden Fragestellungen, die – um es vorweg zu nehmen – von der Mehrzahl der linken deutschen Historiker nicht behandelt werden, werden wir die Positionen Smiths vorstellen:

- Wie stellt er den russischen Staat vor?
- Wie stellt er die Klassen der russischen Gesellschaft vor?
- Was sagt er zur Februar- und Oktoberrevolution, zu den Bolschewiki (und zum deutschen Geld)?

Staat

Die Frage nach den historischen Besonderheiten des zaristischen Staates wird von der marxistischen Geschichtsschreibung selten aufgeworfen. Dabei ist sie für die Revolutionen des Jahres 1917 von entscheidender Bedeutung. Der zaristische Staat war seit Jahrhunderten ein agrarisch geprägter Flächenstaat, der auf Grund seiner ökonomischen Schwäche keine für eine stabile Herrschaft notwendige Bürokratie und Ordnungsmacht ausbilden konnte. In Zeiten gesellschaftlicher Krisen und Unruhen war die Armee mit ihrem adligen Offizierskorps, bäuerlichen Soldaten und kosakischen „Sondertruppen“ die eigentliche Stütze des zaristischen Regimes. Smith dazu: "Ungeachtet seiner vielfältig demonstrierten militärischen und administrativen Macht war der zaristische Staat strukturell schwach, wenngleich nicht ineffektiv. Die zentralistische Regierung verfügte über begrenzte Ressourcen an Material und Menschen, die Steuererträge waren gering, die Verwaltung nicht ausreichend besetzt und durch unklare Rechtsverhältnisse und Kompetenzbereiche sowie durch Korruption ... beeinträchtigt." (S. 28)

"Überdies ist augenfällig, wie schwach die Polizeikräfte tatsächlich waren: Bis in die 1890er Jahre waren sie unterhalb der Ebene der Verwaltungsbezirke die einzigen Repräsentanten der Regierung, doch musste um 1900 ein einzelner Landkonstabler mit der Unterstützung von ein paar Polizeibeamten niederen Ranges bis zu 2,6 Quadratkilometer und zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner überwachen. Da Polizisten sehr viel kostenträchtiger waren als Soldaten, ließ das Regime gefährlichere Aufbruchversuche durch die Armee niederschlagen. Insofern war die Regierungsgewalt im zaristischen Russland zu wenig durchschlagkräftig und die Bürokratie zu schwächlich, als dass von einem Polizeistaat ... gesprochen werden könnte." (S. 30)

Im vierten Kriegsjahr war das adlige Offizierskorps durch Verluste deutlich dezimiert und inzwischen durch Offiziere aus dem Bürgertum und dem städtischen Kleinbürgertum ersetzt worden. Die Masse der Bauernschaft verabscheute den Krieg und hasste ihre Offiziere. Dies erklärt die Schnelligkeit und Gründlichkeit, mit der der zaristische Staat im Februar/März 1917 gestürzt und zerschlagen werden konnte. Nachdem die bäuerlichen Armeeregimenter zum proletarischen Aufstand übergelaufen waren, wurden Polizei und Gendarmerie mit Waffengewalt zerschlagen. Ihre den Aufstand überlebenden Mitglieder verschwanden im Untergrund, um nicht von den aufständischen Arbeitern getötet zu werden. Die kosakischen „Sondertruppen“ allein konnten den Zarismus nicht retten und versuchten es im Frühjahr 1917 erst gar nicht.

Der alte zaristische Gewaltapparat war durch die Februarrevolution weitgehend beseitigt worden und löste sich in den folgenden Monaten vollständig auf. Die Grundlage der neuen Macht bildeten die Bajonette der Bauernarmee. (Welch fundamentaler Gegensatz zu der deutschen Novemberrevolution 1918, in der die Sozialdemokratie den preußisch-deutschen Beamtenstaat und das Fundament der junkerlichen Armee vor der Revolution „rettete“.)¹ Die sich ablösenden „Provisorischen Regierungen“ Russlands hatten keinen intakten zaristischen Staatsapparat als Grundlage ihrer Macht „geerbt“, sondern als Fundament ihrer Legitimation nur die Sowjets, die die bewaffnete Macht der vom Kleinbürgertum dominierten Bauernregimenter verkörperten. Ohne Staatsapparat lässt sich aber schlecht „herrschen“, und die Schwäche der Provisorischen Regierungen war allgemein bekannt. Für den weiteren Verlauf der Revolution 1917 war dies von entscheidender Bedeutung (wie umgekehrt die sozialdemokratische „Rettung“ des preußischen Militär- und Junkerstaats ein Jahr später in Deutschland den Sieg der Konterrevolution sicherte).

Wie sah es mit der Staatsmacht nach der bolschewistischen Machteroberung aus? Konnte das historische Erbe des agrarisch geprägten Flächenstaates (keine ausreichende staatliche Verwaltung) durch die „bolschewistische Diktatur“ überwunden werden?

„Dennoch blieb auch der bolschewistische Staat in vieler Hinsicht 'schwach'. Seine Fähigkeit, den Bauern die zur Industrialisierung benötigten Ressourcen abzurufen, blieb begrenzt, und auf das Land hatte die Regierung nur wenig Einfluss. Wenn ein Staat stark genannt werden darf, der sich auf eine reibungslos funktionierende Bürokratie und eingeschliffene Verfahrensweisen der Regierung verlassen kann, dann war der Staat der Bolschewiki schwach ...“ (S. 433)

¹ Hierzu der Artikel von H.Karuscheit in dieser AzD-Ausgabe sowie ders.: Die SPD und der ‚Junkerstaat‘; in: Karuscheit/ Sauer/ Wernecke: Vom ‚Kriegssozialismus‘ zur Novemberrevolution; VSA: Hamburg 2018

Nicht anders schildert Helmut Altrichter in seiner Habilitationsschrift „Die Bauern von Tver“ die Situation auf dem Dorf, wo ja noch immer die große Masse der russischen Bevölkerung lebte: „Das flache Land blieb von den Vorgängen in Petrograd ... unberührt. ... An die Ausweitung der Rätebildung aufs Dorf 'von oben' war nicht zu denken, dafür fehlten alle Voraussetzungen: neben den geeigneten Kandidaten, die Macht und die Argumente, um die Bauern von der Notwendigkeit der neuen Institution zu überzeugen. Weiterhin entschieden Dorfversammlung (schod) und Dorfältester (starosta) alle wichtigen, das Gemeinwesen berührenden Fragen. ... Was sich auf dem Dorf wirklich änderte, waren Tempo und Ausmaß der Enteignungen.“²

Die „bolschewistische Diktatur“ war in ihrem ersten Jahrzehnt eine städtische Herrschaft. Sie auf das Land auszudehnen, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebte, war nach der Revolution in den 20er Jahren nur sporadisch und nur für kurze Zeit mit bewaffneten Trupps von Arbeitern möglich. Zogen die bewaffneten Trupps ab, übernahm die Dorfversammlung wieder das Zepter. Ein „starker Staat“ sieht anders aus. Erst mit der Kollektivierung bekam der Staatsapparat Einfluss auf den agrarisch geprägten Teil Russlands.

Bauernschaft

Kommen wir nun zur Bauernschaft, jenen 80 Prozent der russischen Bevölkerung, die allein auf Grund ihrer Masse das Schicksal der Revolution entscheiden mussten. Wie war ihre gesellschaftliche Verfasstheit und wie war sie politisch organisiert?

"An der Wende zum 20. Jahrhundert waren etwa drei Viertel des in bäuerlichem Besitz befindlichen Landes, darunter fast die Hälfte des Ackerlands, einer einzigartigen Form von Verwaltung unterworfen, in der die Haushaltsvorstände das der Gemeinschaft gehörende Ackerland periodisch neu unter die betreffenden Haushalte aufteilten. Des Weiteren entschied diese Dorfversammlung darüber, wann die Haushalte pflügen, säen, ernten oder Heu machen sollten. Solche Art von kollektiver Kontrolle hatte den Zweck, unwägbarere Umweltrisiken zu minimieren und dafür zu sorgen, dass die Armen nicht zur Belastung wurden. Die Dorfversammlung war auch für die Steuerzahlung der Haushalte verantwortlich und musste Recht und Ordnung aufrechterhalten.

1905 verfügten in den 46 Provinzen des europäischen Teils von Russland 8,68 Millionen Haushalte über Land, das formell der kommunalen Neuaufteilung unterstand, während 2,3 Millionen über Landbesitz auf erblicher Basis verfügten (das also vom Vater auf den Sohn übergang). ... Im Baltikum gab es keine derartigen Dorfgemeinschaften, und in der Ukraine herrschte die Erbfolge vor." (S. 37f)

² Helmut Altrichter: Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung, R. Oldenburg: München 1984, S. 32-33

Bemerkenswert sind hier zwei Dinge. Zum einen die regionalen Unterschiede der bäuerlichen Besitzverhältnisse. Das Baltikum mit seinen adligen Gutswirtschaften hatte ebenso - wie die im west- und mitteleuropäischen Sinne bäuerlich geprägte Ukraine und die Kosakenregionen - andere Eigentumsrechte am Ackerland als der weit überwiegende Teil der russischen Bauernschaft. Die regionalen Unterschiede agrarischer Besitzverhältnisse spiegelten sich auch in den politischen und militärischen Frontbildungen während der Revolution und des Bürgerkrieges wider. Dreiviertel des bäuerlichen Landes im Zentrum Russlands, die große Masse also, waren Obcina-Land und unterlagen in gewissen Zeitabständen einer Umteilung der Ackerlandes, während der Boden im Besitz der Dorfgemeinde verblieb.

Wie wirkte sich diese Umteilung des genutzten Ackerbodens nun auf die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Herausbildung und Verfestigung von Klassengegensätzen innerhalb der Obcina-Bauernschaft aus? Das war die Frage, die die Marxisten in ihrer Auseinandersetzung mit den Volkstümlern seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bewegte. Die Antwort der Marxisten und hier allen voran Lenins war, dass der Kapitalismus sich in der Dorfgemeinde entwickeln und dieselbe sich deshalb in Kulaken, Mittelbauern, arme Bauern und Landarbeiter aufspalten würde.

„Einige Zeitgenossen waren davon überzeugt, dass sich die Bauern in dem Maße, wie der Kapitalismus sich auf dem Lande entwickelte, zu Klassen schichteten. Soziale Ungleichheit war typisch für das Dorfleben. Zur Jahrhundertwende erstellte Statistiken besagten, dass 17 bis 18 Prozent der Haushalte ... als wohlhabend eingestuft werden konnten, was besagt, dass sie über genügend Landbesitz sowie Nutzvieh, Maschinen und Geld in einer Sparkasse verfügten. Am unteren Ende der Skala besaßen 11 Prozent der Bauernschaft kein Ackerland oder Nutzvieh. Diejenigen Personen, die die Bauern 'Kulaken' (deutsch: Fäuste) nannten, wurden gewöhnlich nicht nach der von ihnen bewirtschafteten Fläche an Land bemessen, sondern mittels der Tatsache, dass sie Geld, Gerätschaften oder Zugtiere, Läden oder Mühlen besaßen.

Einige Historiker führen an, dass solche Statistiken soziale Prozesse, in denen die Lebensumstände individueller Haushalte sich bald zum Schlechteren, bald zum besseren hin verändern, zeitlich stillstellen. Sie behaupten, die Wohlhabenheit von Haushalten sei durch Arbeit, nicht durch Landbesitz bestimmt worden. Wohlhabende Haushalte hätten einfach über mehr arbeitende Mitglieder verfügt. Sobald jedoch erwachsene Söhne ihren eigenen Haushalt errichteten, sei das Vermögen des elterlichen Haushalts geringer geworden. Dieser Auffassung zufolge wurde der Hang zur sozialen Differenzierung durch die Teilung der Haushalte und die periodische Neuaufteilung des Ackerlands durch die Gemeinschaft wieder aufgehoben.“ (S. 42f)

100 Jahre russische Revolutionen

Smith stellt hier die beiden gegensätzlichen Theorien zur Entwicklung der russischen Dorfgemeinde vor. Die erste ist unschwer als Position der russischen – und insoweit sie sich dazu äußerten, auch der westeuropäischen – Marxisten (Kautsky) zu erkennen. Für Lenin war das Bündnis mit den landarmen Bauern und den Landarbeitern (für die er 1917 fortwährend eine eigenständige Sowjetorganisation forderte, 1918 die Komitees der Dorfarmut per Gesetz verordnete – und beide Male scheiterte) wesentlich für das klassenpolitische Fundament seiner Aprilthesen. Gerade dieses Bündnis sollte die Tür zum Sozialismus aufstoßen.

Was nun, wenn es diese Klassenspaltung im Dorf gar nicht gab? Wenn das Umteilungs-Dorf zwar sozial differenziert, aber keineswegs in antagonistischen Klassen zerfallen war, wie es die zweite von Smith geschilderte Position behauptet? Die Mehrheit der bürgerlichen Historiker in Deutschland, die sich mit der russischen Dorfgemeinde beschäftigt haben, beziehen inzwischen diese zweite Position. So etwa Carsten Goehrke in seiner dreibändigen Geschichte des russischen Alltags,³ Hans-Heinrich Nolte in seiner „Kleinen Geschichte Russlands“⁴ oder Manfred Hildermeier in seiner „Geschichte Russlands“.⁵ Diese unterschiedlichen Vorstellungen zur Entwicklung der sozialen Differenzen in der

³ „Doch schon Teodor Shanin hat darauf aufmerksam gemacht, dass man es bei der sozialen Differenzierung auf dem russischen Dorf nicht mit einer linearen, sondern mit einer zyklischen Entwicklung zu tun hat, die ganz wesentlich durch das generative Verhalten gesteuert wurde ('zyklische Mobilität'). Weil die Landzuteilung an die Haushaltungen durch den Mir auf die Anzahl männlicher Personen abstellte, gerieten Ehepaare, denen nur Töchter beschert waren, bei der nächsten Landumteilung rasch auf den absteigenden Ast. Das Fehlen männlicher Arbeitskräfte, chronische Krankheiten, Start in den Haushalt ohne zureichende Betriebsmittel und Familienzwickigkeiten bildeten daher in dieser Reihenfolge die wichtigsten Ursachen dafür, dass ein Hof in das arme Drittel einer Dorfgemeinde absinken konnte. Umgekehrt sorgte das Landumteilungsverfahren aber auch wieder dafür, dass jedes junge Ehepaar, das seine eigene Wirtschaft eröffnete, zum Start in die Lebenslotterie mit relativ gleichen Chancen entlassen wurde – vorausgesetzt, es blieb von Krankheiten und Söhnelosigkeit verschont. In der Tat haben Längsschnittstudien aufgezeigt, dass über mehrere Generationen hinweg die meisten wohl situierten Bauernfamilien ihren Status nicht halten konnten.“ (Carsten Goehrke: Russischer Alltag, Bd. 2. Auf dem Weg in die Moderne, Cronos-Verlag: Zürich 2003, S. 242-243)

⁴ „Die Obschtschiny umfassten besonders in Kernrussland nur kleine Siedlungen mit zehn, zwölf Höfen. Auf dieser Ebene fällt die Dorfversammlung, der Schod, die zum Leben wichtigen Entscheidungen über Umverteilung und Flurzwang. Hier war jeder Nachbar ja oft Verwandter. Aus der Umverteilung des Landes folgte, dass Armut und Reichtum weithin zyklischen Charakter hatten; wer viele Kinder hatte, bekam viel Land und sammelte 'Produktionsmittel' an – ein Pferd, einen modernen Pflug. Dies galt nur, wenn Mann und Frau gesund blieben – lange Krankheit brachte einer Familie den Ruin.“ (Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Rußlands, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 186-187)

⁵ Manfred Hildermeier: Geschichte Russlands, München 2013, S. 1178 ff. Kurz dargestellt in: Schröder/ Karuscheit: Das Revolutionsjahr 1917; VSA: Hamburg 1917, S. 46 ff

russischen Dorfgemeinde anzusprechen und damit den Leser auf die Problematik der inneren Entwicklung der Dorfgemeinde hinzuweisen, ist eine Stärke dieser Veröffentlichung. Bei den meisten linken deutschen Historikern wird dieses Problem, trotz seiner Bedeutung für den Verlauf der Revolution und der Beurteilung der Leninschen Politik, schlichtweg ignoriert.

Adel und Landadel

Im Gegensatz zu der gängigen marxistischen Geschichtsschreibung war die Bedeutung des Adels in der Revolution gering. Für den Landadel bedeutete die Bauernbefreiung von 1861 einen grundlegenden Bruch, denn das Ende der Leibeigenschaft zerstörte die bisherige sozialökonomische Basis seiner Lebensweise. Obwohl der Adel bei der Reform von 1861 „ein gutes Geschäft gemacht hatte“, nahm sein Landbesitz während des folgenden halben Jahrhunderts rapide ab. In den Jahrzehnten nach 1861 änderte der Adel seine Gestalt so weitgehend und differenzierte sich in einem Maße, dass man am Vorabend der Revolution nicht mehr von *einer* Klasse sprechen konnte.

"Obwohl der Adel bei der Emanzipation der Leibeigenen ein gutes Geschäft gemacht hatte, nahm sein Vermögen während des folgenden halben Jahrhunderts rapide ab. 1917 gab es etwa 100.000 Familien mit Landbesitz, von denen ca. 61.000 dem Landadel angehörten. Diese Grundbesitzer hatten ungefähr die Hälfte des Landes, das sie zur Zeit der Emanzipation besaßen, verloren ... Die Besitzungen des Landadels waren größtmäßig höchst unterschiedlich: Es gab einige sehr große Domänen, doch mehr als 60.000 Familien besaßen weniger als 145 Hektar. Zudem waren zwar manche Großgrundbesitzer zu kapitalistisch produzierenden Landwirten geworden, doch war das durchschnittliche Adelsgut ... unterkapitalisiert Bezeichnenderweise war um 1903 fast die Hälfte des Landes der landbesitzenden Klasse an Bauern verpachtet, und einige Bauern hatten Kredite von ihrer Bank aufgenommen, um dem Adel Land abzukaufen. Wie erwähnt, betätigten sich die liberalen Angehörigen des Adels während der 1890er Jahre und bis 1905 in den Semstvos, aber der zunehmend urbane Lebensstil einer großen Anzahl von ihnen und das nachlassende Interesse an der Verwaltung ihrer Güter untergrub ihr Ansehen in der ländlichen Gesellschaft." (S. 44f)

Politisch folgte der noch verbliebene alte Großgrundbesitz – eine dreistellige Zahl von Adelsfamilien – der politischen Reaktion und war eine Stütze des Zarismus, während eine Mehrheit des verbliebenen Landadels die ländliche Basis der bürgerlichen Kadettenpartei bildete.

Die Mehrzahl der Adeligen diente im zaristischen Staatsapparat und in der Armee. Von der ehemals den zaristischen Staat tragenden Stütze war der Adel auf dem Land durch die Reformen von 1861 entweder zu einem „kapitalistisch produzierenden Landwirt“ und somit Bestandteil der liberalen Opposition gegen

den Zarismus geworden, oder in der Stadt zu einem "Freiberufler" oder Staatsangestellten. Die Enteignung der Landbesitzer durch die Dorfgemeinde geschah überwiegend unblutig, da es 1917 keine Staatsmacht mehr gab, um seine Eigentumstitel zu verteidigen.

Industriekapital / Handelskapital

Etwas komplexer stellt sich die Situation beim russischen Kapital dar. Diese Klasse, die in der marxistischen Geschichtsschreibung spätestens seit März 1917 im Besitz der politischen Macht ist,⁶ erweist sich bei näherer Betrachtung als schwach entwickelt und politisch zersplittert.

"1913 machte ausländisches Kapital etwa 41 Prozent der in der Industrie und Bankwesen getätigten Gesamtinvestitionen aus. Eine mögliche Sorgenquelle war das Ausmaß des Handelsvolumens mit Deutschland, das sich per Valuta auf etwa 40 Prozent des gesamten Außenhandels belief. Die staatlich geförderte Industrialisierung wurde finanziell durch den Getreideexport abgesichert ... Jedoch sollte man bei der zweifellos wichtigen Rolle des Staates nicht vergessen, dass die russische Industrie über einen robusten Privatsektor verfügte. Die Industrieproduktion wurde von Konsumgütern beherrscht, wobei Textilien und Lebensmittel 1914 etwa die Hälfte des Bruttoausstoßes ausmachten." (S. 47)

"Die Textilfabrikanten in der Moskauer Industrieregion bildeten den einflussreichsten Sektor der einheimischen Kapitalisten; sie waren in der Führung ihrer Betriebe eher konservativ und paternalistisch. Viele entstammten einer Familie von Altgläubigen. Anders als die Eisen- und Stahlfabrikanten waren sie nicht von staatlichen Aufträgen abhängig und unterstützten nach 1905 die Forderung nach politischen Reformen." (Anders die überwiegend deutschen Textilfabrikanten in Russisch-Polen, die dem Zarismus anhängen) (S. 49)

"Die entscheidenden Sektoren der Schwerindustrie und des Transportwesens hingen von staatlichen Aufträgen, Subventionen und Vorzugszöllen ab, weshalb die Unternehmer, **die oftmals Ausländer waren**, hier kaum mehr taten, als sich über bürokratische Kontrollen zu beschweren.

In St. Petersburg waren die Besitzer der Fabriken für Metallverarbeitung und

⁶ Engels unterstellt der russischen Bourgeoisie, bereits in den 90er Jahren den zaristischen Staat in der Hand zu haben. Das eine ist klar: Unter solchen Umständen (Staatsverschuldung des zaristischen Staates in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts; A.S.) hat die junge russische Bourgeoisie den Staat vollkommen in der Gewalt. In allen wichtigen ökonomischen Fragen muss er ihr zu Willen sein. Wenn sie sich inzwischen die despotische Selbstherrlichkeit des Zaren und seiner Beamten noch gefallen lässt, so nur, weil diese Selbstherrlichkeit, ohnehin gemildert durch die Begehrlichkeit der Bürokratie, ihr mehr Garantien bietet als Veränderungen selbst im bürgerlich-liberalen Sinn, deren Folgen, bei der inneren Lage Russlands, niemand absehen kann. Damit geht die Umwandlung des Landes in ein kapitalistisch-industrielles, die Proletarisierung eines großen Teils der Bauern und der Verfall der alten kommunistischen Gemeinde in immer rascherem Tempo voran." (Engels 1894, MEW Bd. 22, S. 435)

Maschinenbau zusammen mit den Großbankiers recht gut organisiert, vor allem um ihren Einfluss auf Regierungskreise bemüht, statt politische Reformen oder die Modernisierung der Produktionsverhältnisse zu unterstützen. ...

Im Allgemeinen waren die Industriellen von Südrussland⁷ (wie sie sich selbst nannten) damit zufrieden, Verhältnisse zu tolerieren, die bestenfalls paternalistisch und schlimmstenfalls mehr als raubeinig waren. Für politische Reformen waren sie nicht zu haben." (S. 49-50)

Zusammengefasst ist festzustellen, dass die russische Bourgeoisie nicht nur zahlenmäßig schwach entwickelt, sondern auch *in unterschiedliche politische Lager gespalten* war. Während der schwerindustrielle Sektor von staatlichen Aufträgen abhängig und konsequent zaristisch eingestellt war, entwickelte die Leichtindustrie (Textilindustrie) zu Beginn des 20. Jahrhunderts entweder oppositionelle oder oktobristische Positionen,⁸ während der liberale Landadel und die Freien Berufe der Städte die Basis der Kadetten bildeten, der einflussreichsten bürgerlichen Partei. In diesem Zustand konnte die Bourgeoisie unmöglich zur führenden Kraft des Revolutionsjahres werden.

Arbeiterschaft

Hier gilt es die Frage zu beantworten, wie ein so zahlenmäßig schwacher Teil der Gesamtbevölkerung in den russischen Revolutionen eine so bedeutende, ja letztendlich entscheidende Rolle spielen konnte.

„Im europäischen Teil waren etwa 58 Prozent der Industriearbeiter in Betrieben mit mehr als 500 Arbeitern beschäftigt; das war ein viel höherer Konzentrationsgrad als in Westeuropa, und das erklärt auch, warum es verhältnismäßig einfach war, diese Arbeiter für Streiks und Demonstrationen zu mobilisieren. ... Bereits 1897 waren die Hälfte aller männlichen urbanen Arbeiter und zwei Drittel aller Metallarbeiter alphabetisiert." (S. 53)

Das russische Proletariat war nicht wie im Westen Europas aus der Handwerkerschaft entstanden, sondern direkt aus der Bauernschaft, und es besaß zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch immer enge Bindungen an das Dorf. Bis zur Agrarreform 1906 war fast jeder städtische Arbeiter noch Mitglied der Dorfgemeinde und hatte dort Anspruch auf ein Stück Land. Zugleich war es in den russischen Metropolen in Großbetrieben konzentriert, was nicht nur zu einer schnelleren Radikalisierung beitrug, sondern ihm ein deutlich stärkeres politisches Gewicht verlieh, als es zahlenmäßig zu erwarten war.

Weiterhin war es als Ergebnis staatlicher und ausländischer Investitionen in wenigen industriellen Zentren und dort wiederum in Großbetrieben konzentriert; über die Hälfte der Arbeiter arbeitete in Betrieben von mehr als 500 Personen.

⁷ Gemeint ist das Donezbecken

⁸ Oktobristisch: auf dem Boden des Oktober-Manifestes des Zaren von 1905 stehend

100 Jahre russische Revolutionen

Obwohl es mit 3-4 Mio. nur eine absolute Minderheit der zwischen 165 und 175 Mio. zählenden Bevölkerung Russlands ausmachte, war es durch seine Ballung in den politischen und industriellen Zentren (in erster Linie Petersburg und Moskau) ein wesentlicher politischer Faktor.

"Gerade das enge Verhältnis der Regierung zu den Arbeitgebern verhinderte die Trennung ökonomischer von politischen Konflikten, die im Westen vorherrschte und die Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System erleichterte. In Russland aber sah es so aus, dass Staat und Kapital einen Gesamtmechanismus von Ausbeutung und Herrschaft darstellten.

... die Kombination der elementaren Energie der bäuerlichen gewalttätigen Empörung (russisch blunt) mit den tagtäglich frustrierenden Mechanismen kollektiver Arbeitsorganisation war hochexplosiv. ... Nirgendwo in Europa war die Intensität der Streikbewegung so hoch: In den Hochzeiten, den Jahren 1905/06 und 1912/14 waren durchschnittlich pro Jahr fast dreiviertel der Industriearbeiter an Streiks beteiligt." (S.88f)

Obige kurze Zusammenfassung der Smithschen Darstellung liefert einen schlüssigen Erklärungsansatz für die politische Sprengkraft, die das russische Proletariat, trotz seiner auf die Gesamtbevölkerung bezogenen geringen Anzahl, in der russischen Revolution entfalten konnte.

Februarrevolution, Sowjets, Bolschewiki und Oktoberumsturz

Soweit zu den staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen und den damit in Russland tatsächlich vorhandenen Klassenkräften. Kommen wir nun zu den Revolutionen im Februar und Oktober. Wie stellt Smith sie dar?

"Am 23. Februar 1917, dem internationalen Frauentag, füllten tausende von Textilarbeiterinnen und Hausfrauen die Straßen von Petrograd, um gegen die Brotknappheit zu demonstrieren. Die Kundgebung fand einen Tag nach der Aussperrung der Arbeiter aus den riesigen Putilow-Fabriken (ca. 30 000) statt. So schlossen sich viele Arbeiter den Frauen an ... Keine der revolutionären Parteien hegte die Erwartung, dass sich daraus eine Kette von Ereignissen entwickeln würde, die schon bald zur Abdankung des Zaren führen sollte." (S. 121) Auf den folgenden Seiten folgt dann eine kurze Darstellung der Ereignisse, die im Überlaufen der Armeeeregimenter und dem Sieg der Revolution gipfelt. Doch wie ist diese Revolution einzuschätzen?

„Doch war von Anbeginn der Charakter der Revolution umstritten. War es eine politische Revolution, die zugunsten der Demokratie die Autokratie beseitigt hatte, die aber an der Seite der Alliierten den Krieg fortsetzen würde? Oder war es eine Revolution, die die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen Russlands gründlich umkrepeln würde? Viele Generäle und Duma-Politiker hatten den Umsturz der Autokratie nur deshalb unterstützt, weil sie sich davon eine Neubelebung der Kriegsanstrengungen erhofften. Die unteren Klassen jedoch begriffen Freiheit und Demokratie nicht nur als Grundsätze für die

Neugestaltung der Regierung, sondern auch als Leitmotive für den Aufbau eines neuen Gesellschaftstyps.“ (S. 124)

Die Februarrevolution ließ diese Fragen offen. Und die Mehrzahl der handelnden Politiker taten dasselbe. Nur Gutschkow und Miljukow, die führenden Köpfe der Oktobristen und Kadetten, versuchten hartnäckig, den Zarismus in eine konstitutionelle Monarchie hinüberzuretten.⁹ Die Fragen von Krieg und Frieden, der notwendigen Agrarreform und der zukünftigen Staatsform blieben ungelöst und wurden auf eine zukünftige „Konstituierende Versammlung“ verschoben.

Die politische Stimmung der Arbeiterklasse

Was kann man über die politische Stimmung der Arbeiterklasse zu diesem Zeitpunkt sagen?

"Die starke Zunahme von Arbeitskämpfen lässt vermuten, dass Millionen von Arbeitern revolutionär gestimmt waren, aber die Internationalisten räumten ein, dass sich die Stimmung genauer als 'revolutionär-defentistisch' beschreiben lasse. Revolutionär war sie insofern, als große Teile der Arbeiterschaft der Autokratie und den Kriegsprofiteuren höchst feindselig gesonnen waren; defentistisch indes, weil kein Bedürfnis bestand, die russischen Armeen im Kampf gegen Deutschland untergehen zu sehen, auch wenn sie das Ende des Krieges verzweifelt herbeisehnten." (S. 119) Dies trifft ebenso auf die politische Stimmung der Bauernschaft und damit auf die Armee zu.

Die sich in der Februarrevolution neu bildenden Sowjets, diesmal als Arbeiter- und Soldatensowjets, später stoßen auch noch Bauernsowjets hinzu, spiegeln diese politischen Stimmungen wider und stehen damit unter der politischen Führung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Insofern fällt es schwer davon zu sprechen, dass die Februarrevolution bereits „eine Revolution für den Frieden“ war.

"Im Februar 1917 wurden an die 700 Sowjets mit insgesamt 200.000 Delegierten als Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung ins Leben gerufen. Im Oktober gab es im gesamten Reich bereits 1429 Sowjets: Bei 706 waren die Delegierten Arbeiter und Soldaten, bei 235 waren es Arbeiter, Soldaten und Bauern, bei 455 nur Bauern und bei 33 nur Soldaten. Schätzungen zufolge repräsentierten die Sowjets etwa ein Drittel der Bevölkerung des russischen Reiches. Generell sahen Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Sowjets als zeitlich begrenzte Körperschaft mit der Aufgabe, im Interesse der revolutionären Demokratie 'Kontrolle' über die lokalen Regierungsorgane auszuüben. ... De facto aber wurden die Sowjets rasch zu lokalen Regierungsorganen ... und (die) dabei zumeist mit den demokratisierten Organen der lokalen Regierung konkurrier-

⁹Siehe dazu: Schröder/Karuscheit: Das Jahr 1917; VSA: Hamburg 2017, S. 38 ff

100 Jahre russische Revolutionen

ten." (S. 128f) Was diese Aufzählung deutlich macht, ist die massive bäuerliche Präsenz (als Soldaten wie auch als Bauern) in den Sowjets. Sie bestimmte das politische Gesicht der Sowjets bis zum Bodendekret und der Armeeauflösung, sie bildete die Grundlage für die Vorherrschaft der Sozialrevolutionären Partei im Bündnis mit den rechten Menschewiki in den Sowjetorganen.

Jenseits des Sowjets, der sich als Lager der Demokratie verstand, sozusagen auf der anderen Klassenseite, stand die 1. Provisorische Regierung, die sich aus bürgerlichen Duma-Abgeordneten rekrutierte, aber keine vom Sowjet unabhängige eigenständige Machtbasis besaß. "Die Provisorische Regierung wiederum, die sich der schmalen Basis ihres gesellschaftlichen Fundaments und des fehlenden demokratischen Mandats wohl bewusst war, versuchte, Vertreter der sozialistischen Parteien zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Doch nur Kerenski kam dem Ansinnen nach. So entstand die 'Doppelherrschaft', ein institutionelles Arrangement, bei dem die Provisorische Regierung formelle Autorität genoss, während die wirkliche Macht in den Händen des Exekutivkomitees des Sowjets lag, weil es die Unterstützung der Garnisonstruppen und des Großteils der Stadtbevölkerung genoss, und durch seinen Einfluss auf die Eisenbahnarbeiter die Transport- und Verkehrswege kontrollieren konnte." (Was fehlt in der Aufzählung, sind die Frontkomitees, die ebenfalls als Folge der Februarrevolution und dem Befehl Nr. 1 des Sowjets zu den demokratischen Rechten der Soldaten entstanden; A.S.)

"Außerhalb der Hauptstadt gab es so gut wie keine Doppelherrschaft" - stattdessen spontan gebildete Komitees unterschiedlicher Zusammensetzung. ... „Die Provisorische Regierung (war) entschlossen, ihre Autorität durch die Ernennung von Kommissaren durchzusetzen, die zumeist Vorsitzende der örtlichen Semstvos waren und somit die Interessen von Grundbesitzern und Geschäftsleuten vertraten." (S. 126-128) Was ihr allerdings nicht gelang, da die sich bildenden Sowjets oder örtlichen Komitees rasch zu tatsächlichen lokalen Verwaltungsorganen wurden.

Bolschewiki

"In der zweiten Hälfte des Jahres 1914 waren die Bolschewiki durch Verhaftungen und Einberufungen dezimiert. Ab 1916 fassten sie wieder Fuß, doch am Vorabend der Februarrevolution gab es im Land vielleicht nicht mehr als 12 000 Bolschewiki." (S. 119) Eine führende Rolle der Partei ist für die Februarrevolution nicht nachweisbar. Die Bolschewiki besaßen im Februar weder eine gemeinsame politische Linie, noch hatten sie die Mehrheit des Proletariats in den beiden Hauptstädten hinter sich.

"Vor seiner (Lenins) Rückkunft waren die Bolschewiki politisch uneins gewesen. In Petrograd gab es drei verschiedene Parteizentren, die sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Nachdem Lew Kamenew und Josef Stalin aus dem sibirischen Exil zurückgekehrt waren, hatte sich die Partei auf

begrenzte Unterstützung für die Provisorische Regierung, auf eine revolutionär-defensitische Haltung zum Krieg und auf Verhandlungen mit den Menschewiki zur Wiedervereinigung der SDAPR festgelegt. In seinen 'Aprilthesen' (eigentlicher Titel: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution), die Lenin einer weitgehend mit Unverständnis reagierenden Partei vortrug, verurteilte er diese drei Festlegungen, indem er darauf beharrte, das es 'für eine Regierung von Kapitalisten und Grundbesitzern' keine Unterstützung geben könne, dass der Charakter des Kriegs sich nicht um ein Jota verändert habe und dass die Bolschewiki für eine Übertragung der Macht auf ein den ganzen Staat erfassendes System von Sowjets eintreten sollten.“ (S. 134)

Zu dem immer wieder aufgestellten Behauptungen zum „Deutsche Gold“, das die russische Revolution finanziert habe, bemerkt Smith: "Trotz aller damaligen und bis heute währenden Anschuldigungen gibt es keinen Beweis dafür, dass die Bolschewiki von den Deutschen bezahlt wurden." (S. 131) Dafür, dass einige Linke diese Anschuldigung teilen (z. B. Stefan Bollinger) und die bürgerliche Geschichtsschreibung von diesem Thema nicht lassen kann, ist diese Stellungnahme eines „Kenners der russischen Revolution“ umso bemerkenswerter.

Um Smith's Buch nicht detailliert nachzuerzählen, verzichten wir auf seine weitere Darstellung der Ereignisse 1917 sowie seine ausführliche Behandlung der Neuen ökonomischen Politik. Hier verweisen wir den am Thema interessierten Leser auf das Buch selbst. Wir schließen die Vorstellung dieser Veröffentlichung mit seiner durchaus lapidaren Beschreibung der Oktoberrevolution.

„Die bolschewistische Machtergreifung wird oft als konspirativer Putsch gegen eine demokratische Regierung interpretiert. Zweifellos besaß sie Merkmale eines Putsches, doch Ankündigungen hatte es zuvor schon gegeben, und die gestürzte Regierung war nicht demokratisch gewählt worden.“ (Ein Aspekt, den die bürgerlichen Historiker gerne vergessen. Die einzige Legitimation der Provisorischen Regierungen war ihre Duldung durch den Sowjet. Und die letzte Kerenski-Regierung besaß selbst die nicht mehr; A.S.) „Es ist bemerkenswert, dass nur wenige Offiziere bereit waren, der Regierung zur Hilfe zu kommen ... Im Wesentlichen aber war der Provisorischen Regierung schon die Luft ausgegangen, bevor die Bolschewiki ihr das Ende bereiteten.“ (S. 177) Oder wie wir es formulierten: „Es reichte völlig aus, sie zu verhaften, da sie über keinerlei reale Macht verfügte.“¹⁰

Soweit die Vorstellung von Stephen A. Smiths neuem Buch zur „Revolution in Russland“, aus dem der Leser wichtige Hinweise auf die historischen Besonderheiten Russlands (schwacher Staat) sowie die gesellschaftlichen Verhältnisse und Klassenkräfte auf dem heutigen Stand der bürgerlichen Wissenschaft gewinnen kann.

¹⁰ AzD Nr. 86, S. 38

100 Jahre russische Revolutionen

Im folgenden Teil werden wir die Publikationen von (alphabetisch geordnet) Stefan Bollinger, Michael Brie, Frank Deppe, Wladislaw Hedeler und Joachim Hösl er besprechen und dabei versuchen, ihre Interpretationsversuche der russischen Revolutionen und der bolschewistischen Politik (soweit behandelt) dem Leser vorzustellen.

Martin Schlegel

Anmerkungen zum Artikel "Digitalisierung der Produktionsprozesse"

Nach Erscheinen der AzD 87 erhielt die AzD-Redaktion einen Link¹ zu der Sondernummer 75s der Zeitschrift Proletarische Revolution der Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei (IARKP). Dazu möchte ich im Folgenden mit einigen Kritikpunkten eine Diskussion anstoßen.

Zunächst zur grundsätzlichen Kritik. In dem Artikel wird nicht genau definiert, was die Autor(in)en unter Digitalisierung verstehen, es werden vor allem Beispiele aufgeführt. Am nächsten an einer Definition ist die Aussage auf Seite 8 des Artikels: "Das Kernstück der Digitalisierung sind die vernetzten cyber-physischen Systeme. Als solche werden programmierbare Maschinen bezeichnet, die entweder selbständig oder als Ergänzung menschlicher Arbeitskraft eingesetzt werden können. Dabei sind sie durch das Internet ständig miteinander verbunden und in der Lage, auf einem gewissen Niveau zu kommunizieren und unter Umständen flexibel auf sich ändernde äußere Bedingungen zu reagieren." Für mich ist diese Bestimmung nur eine Wiederholung dessen, was in vielen Papieren zu "Industrie 4.0" zu lesen ist, aber keine Untersuchung der technischen Bestandteile und ihrer Entwicklung.

Den Begriff der Digitalisierung halte ich für unglücklich. Er bezeichnete ursprünglich nur die Umwandlung von analogen Daten in digitale, um sie digital verarbeiten zu können, wird aber inzwischen für alles Mögliche verwendet. Ein Sensor, der die Kraft in einer Roboterhand misst, liefert zwar analoge Daten für digitale Berechnungen, er selbst aber ist Ergebnis einer ingenieurtechnischen Entwicklung. Das Gleiche gilt für die digital angesteuerten Handhabungseinrichtungen, die konkrete Aktionen ausführen. Auch die Mikroprozessoren, die digitale Informationen verarbeiten sind technische Entwicklungen, selbst wenn dazu Programme zu Hilfe genommen werden. Der Begriff der Digitalisierung überbetont also die Softwareseite.

Ich habe die Absicht des Artikels so verstanden, dass er sich zum Ziel gesetzt hat, zu klären, ob die Digitalisierung eine Revolution der Produktivkräfte im Marx'schen Sinn ist. Dazu müsste aber in dem Artikel dargelegt werden, was die Autor(in)en unter einer Revolution der Produktivkräfte verstehen. Nur dann kann man bestimmen, ob es derzeit technische Entwicklungen gibt, die eine Revolution der Produktivkräfte herbeiführen können. Eine derartige Begriffsbestimmung fehlt in dem Artikel.

¹ Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei: Digitalisierung der Produktionsprozesse, Zeitschrift Proletarische Revolution 75 s, <https://prolevol.files.wordpress.com/2018/07/pr75download.pdf>

Zum IARKP-Artikel

Marx analysierte die industrielle Revolution in England und stellte heraus, dass sie in der Ersetzung der Hand des Menschen durch Werkzeugmaschinen bestand. In meinem Aufsatz zu "Industrie 4.0" bin ich von dieser Marx'schen Begriffsbestimmung ausgegangen und habe versucht, herauszufinden, ob es in der technischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte Erfindungen gibt, die die menschliche Hand in neuen Arbeitsbereichen sowie weitere menschliche Fähigkeiten ersetzen können. Industrie- und Serviceroboter ersetzen seit einigen Jahrzehnten in immer weiteren Bereichen die menschliche Hand. Diese Entwicklung beschleunigt sich durch bessere, schnellere und billigere Sensoren und Handhabungseinrichtungen. Zusätzlich zu dieser kontinuierlichen Entwicklung steht für mich aber im Vordergrund, dass zunehmend andere menschliche Fähigkeiten vor allem bei der Steuerung und Regelung von Produktionsprozessen durch Sensoren und eingebettete Systeme ersetzt werden können. Es werden also zusätzliche Arbeitsschritte vom Menschen an die Maschine abgegeben. Dies ist für mich der Hauptgrund, von einer zweiten industriellen Revolution zu sprechen. Angesetzt habe ich diese Entwicklung ab Mitte der 1970er Jahre mit der Entwicklung der Mikroprozessoren. Bis zur Durchsetzung technischer Entwicklungen zu einer breiten industriellen Anwendung vergehen oft Jahrzehnte, abhängig vom Preis, der Qualität und der Breite des Anwendungsbereichs.

Dazu noch mal zur Illustration das in meinem Artikel geschilderte Beispiel des Tempomats im Auto. Der seit mehr als 50 Jahren erhältliche Tempomat regelt die Geschwindigkeit des Autos auf einen voreingestellten Wert, unabhängig davon, ob man bergauf oder bergab fährt, er ersetzt, sofern es der Verkehr zulässt, den Fuß des Fahrers am Gaspedal. Der seit einigen Jahren erhältliche adaptive Tempomat regelt die eigene Fahrzeuggeschwindigkeit unter Berücksichtigung der Geschwindigkeit des vorausfahrenden Fahrzeugs. Das heißt, dass zusätzlich das Auge des Fahrers bei der Beurteilung des Sicherheitsabstandes zum Vorderfahrzeug durch Sensoren wie Kameras, Radar oder ähnliches ersetzt wird. Die Sensoren liefern Daten an einen Mikrocontroller, der die sonst vom Menschen zu leistende Steuerung und Regelung eines Prozesses übernimmt.

Die Ersetzung menschlicher Funktionen bei der Führung von Maschinen ist ein Schritt hin zu dem, was Marx als "eigentliches Maschinensystem" bezeichnete²: "Ein eigentliches Maschinensystem tritt aber erst an die Stelle der einzelnen selbständigen Maschinen, wo der Arbeitsgegenstand eine zusammenhängende Reihe verschiedener Stufenprozesse durchläuft, die von einer Reihe verschiedenartiger, aber einander ergänzenden Werkzeugmaschinen ausgeführt werden." Diesem Ziel kommt die Kopplung von Sensoren, eingebetteten Systemen und der Funkverbindung zwischen den Werkzeugmaschinen einen Schritt näher. Die Entwicklungen von Sensoren und eingebetteten Systemen werden in dem Artikel der IARKP jedoch nur gestreift.

² Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, MEW 23, Seite 400, Dietz Verlag, 1972

Ein Zeichen für die fehlende Begriffsbestimmung, was den Kern einer industriellen Revolution ausmacht, ist auch, dass im Artikel zunächst die in den Industrie 4.0 – Papieren behauptete zweite industrielle Revolution kritiklos übernommen wird (Artikel Seite 20). Dann wird das wieder relativiert: "Wenn man schon von "Revolution sprechen will, dann nur in dem Sinn, in dem auch Marx von der "ständigen Revolutionierung der Produktivkräfte" durch das Kapital sprach (speziell die große "Maschinerie") sprach. Das Gerede über die "vier industriellen Revolutionen" dient dagegen nur dazu, die historische Entwicklung zu entstellen, den Kapitalismus und seine ökonomischen Gesetzmäßigkeiten hinter einem Cyber-Nebel verschwinden zu lassen und die heutige Digitalisierung zu einem Popanz aufzublasen." Solche schwankenden Urteile in diesem und andern Fällen kommen heraus, wenn man sich keine Richtschnur erarbeitet, wie man eine Revolution der Produktivkräfte bestimmen will. Zur vierten industriellen Revolution schreibt der Artikel auf Seite 21: "Die Digitalisierung sei also die vierte industrielle Revolution. Wenn wir uns aber nicht blenden lassen, sehen wir, dass diese "Revolution" auf denselben technischen Grundlagen beruht wie die dritte. Sie ist die Fortsetzung, eine neue Phase der dritten, die nächste Stufe der Automatisierung. Von "digitaler Revolution" zu sprechen hat keinen rationalen Kern." Das entspricht meiner Einschätzung, dass mit der Entwicklung des Mikroprozessors eine neue Stufe der Automatisierung begann, die bis heute andauert und sich beschleunigt.

Es gibt in dem Artikel auch sachliche Fehler. Auf einen möchte ich eingehen, weil er zu einem Thema von grundsätzlicher Bedeutung führt. Auf Seite 32 des Artikels wird behauptet, die Studien zu möglichen Arbeitsplatzverlusten würden sich "auf Automaten, Roboter, Plattformen etc. stützen (können), die es derzeit noch gar nicht gibt". Auf Seite 36 wird das wiederholt. Das ist für alle von mir untersuchten Studien, wozu auch die im Artikel zitierten gehören, falsch. Sie beruhen alle auf den zur Zeit der Untersuchungen marktreifen Technologien. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat aufgrund der weiteren technischen Entwicklung ihre Substituierbarkeitsstudie von 2015³, die auf Daten von 2013 beruht, im Jahr 2018 durch eine Studie⁴ ersetzt, die auf Daten von 2016 beruht. Der Laxheit, mit der in dem Artikel mit diesen Studien umgegangen wird, entspricht leider auch die Laxheit des Umgangs mit dem dahinterliegenden prinzipiellen Thema. Auf Seite 33 des Artikels wird geschrieben. Außerdem "werden für den Digitalisierungsprozess, wie überhaupt für Rationalisie-

³ Dengler, Katharina; Matthes, Britta (2015): Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt * Substituierbarkeitspotenziale von Berufen in Deutschland. (IAB-Forschungsbericht, 11/2015), Nürnberg, <https://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/k151209302>

⁴ Dengler, Katharina; Matthes, Britta (2018): Substituierbarkeitspotenziale von Berufen: Wenige Berufsbilder halten mit der Digitalisierung Schritt. (IAB-Kurzbericht, 04/2018), Nürnberg, <https://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k180213301>

Zum IARKP-Artikel

rungen jeder Art, Arbeiter nicht nur an einer Stelle überflüssig, sondern auch an anderer Stelle benötigt. Nun kann man lange darüber diskutieren, ob das eine das andere kompensiert oder nicht und welche Umschichtung der Gesamtarbeitskraft erfolgen werden – solange es kein klares Bild gibt, was genau an Digitalisierung in den verschiedenen Branchen konkret auf uns zukommt, ist das eine müßige Debatte. Niemand hat darüber ein klares Bild und niemand kann ein solches haben". Der Artikel informiert nicht darüber, dass das Thema der Studien gerade die Untersuchung des Substituierungspotentials für Berufe, Tätigkeiten, Branchen und Ausbildungsstand ist. Eine entsprechende Tabelle ist in der AzD 87 abgedruckt. Darüber hinaus ist die Aussage "ob das eine das andere kompensiert" in der Realität und im marxistischen Sinn falsch. Marx hat dazu folgenden Standpunkt⁵: "Obwohl die Maschinerie notwendig Arbeiter verdrängt in den Arbeitszweigen, wo sie eingeführt wird, so kann sie dennoch eine Zunahme von Beschäftigung in anderen Arbeitszweigen hervorrufen. Diese Wirkung hat aber nichts gemein mit der sogenannten Kompensationstheorie. Da jedes Maschinenprodukt, z.B. eine Elle Maschinengewebe, wohlfeiler ist als das von ihm verdrängte gleichartige Handprodukt, folgt als absolutes Gesetz: Bleibt das Gesamtquantum des maschinenmäßig produzierten Artikels gleich dem Gesamtquantum des von ihm ersetzten handwerks- oder manufakturmäßig produzierten Artikels, so vermindert sich die Gesamtsumme der angewandten Arbeit."

Jede Automatisierung im Kapitalismus wird in Erwartung höherer Profite durchgeführt. Das bedeutet, dass eine Automatisierung nur dann durchgeführt wird, wenn sie billiger als die eingesparte Arbeitskraft ist. Dazu wurde in der AzD 87 eine Studie der Boston Consulting Group vorgestellt, die für verschiedene Industrieländer das Automatisierungspotential unter der Annahme abschätzt, dass Roboter dann eingesetzt werden, wenn ihre Arbeitsstunde 15% billiger ist als die menschliche. VW berichtete, dass in der deutschen Automobilindustrie die Arbeitskosten pro Stunde bei mehr als 50 € liegen, die der bei VW eingesetzten Roboter kosten inklusive Instandhaltung und Energieverbrauch 3 bis 6 € die Stunde⁶. Dazu noch eine weitere Zahl: Die International Federation of Robotics ermittelte, dass der weltweite Absatz von Industrierobotern im Zeitraum 2011 bis 2016 pro Jahr mit einer durchschnittlichen Rate von 12% wuchs⁷. Aufgeschlüsselt wird dort auch nach Ländern und Branchen.

Es ließen sich weitere Aussagen des Artikels kritisch betrachten. Die bisher genannten Argumente scheinen mir jedoch ausreichend für die Einschätzung, dass der Artikel seinen Ansprüchen noch nicht gerecht wird.

⁵ Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, MEW 23, Seite 466, Dietz Verlag, 1972

⁶ FAZ: Ersetzen die Computer die Menschen? <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/smarte-arbeit/roboter-ersetzen-menschen-wie-wir-in-zukunft-arbeiten-13736124.html>

⁷ IFR: Executive Summary World Robotics 2017 Industrial Robots, <https://ifr.org/free-downloads/>

Initiative zum Aufbau einer revolutionären kommunistischen Partei

Antwort auf die Kritik von Martin Schlegel

Kritisiert wird, es würde "nicht genau definiert, was die Autor(in)en unter Digitalisierung verstehen". Digitalisierung ist kein marxistischer, sondern ein schwammig bürgerlicher Begriff, dazu da, um nichts zu klären, aber alles zu verwischen und zu verschleiern. Wir haben das ausdrücklich in der Fußnote 1 unseres Textes dargelegt. Eine "genaue Definition" eines solchen an und für sich zwielichtigen Begriffs erübrigt sich. Wir haben allerdings - wie im Text erläutert - diesen schwammigen Begriff wie auch andere derartige bürgerliche Begriffe (z.B. "physisch" vs. "virtuell" - siehe Fußnote 2 unseres Textes) aus praktischen Gründen und dem üblichen Sprachgebrauch folgend dennoch verwendet. Die "technischen Bestandteile" der Digitalisierung im Einzelnen zu erörtern, war nicht unser Ziel. Die inkriminierte Definition auf S.8 stammt übrigens nicht von uns, sondern ist ein Zitat von René Arnsburg ("Maschinen ohne Menschen? Industrie 4.0"). Dass der Begriff als solcher nicht nur "unglücklich" ist, sondern direkt ein Fetischbegriff und dass er "die Softwareseite überbetont" versteht sich - unser ganzer Artikel trommelt ja gerade gegen den "Digitalisierungs"-Fetisch.

Der Artikel, schreibst Du, hätte sich zum Ziel gesetzt, "zu klären, ob die Digitalisierung eine Revolution der Produktivkräfte im Marx'schen Sinn ist". Kritisiert wird infolgedessen, dass keine klare Begriffsbestimmung erfolge, was wir unter "Revolution der Produktivkräfte" verstünden. Aber das war gar nicht unser Ziel, weil wir - im Unterschied zu Dir, der Du die von Dir vorgeschlagene "zweite industrielle Revolution" begründen musst - ohnehin der Meinung sind, dass es sich nicht um eine "Revolution der Produktivkräfte" handelt. Ziel des Artikels war es, Licht in den Radau um den Mythos und Fetisch Digitalisierung zu bringen. Dabei ging es auch (aber nicht nur) darum, ob es sich dabei um eine neue industrielle Revolution handelt oder nicht - und (damit eng verbunden) ob es sich um die Herausbildung einer neuen Produktionsweise handelt. Es wird dargelegt, dass es sich um keine neue Produktionsweise im Marx'schen Sinn handelt (d.h. um bestimmte Produktionsverhältnisse auf Basis eines bestimmten Entwicklungsgrades der Produktivkräfte) und um eine zwar sprunghafte Entwicklung der Produktivkräfte, aber doch nur um eine spezifische Phase, in der die "ständige Revolutionierung der Produktivkräfte" (Marx) einen sprunghaften Verlauf annimmt, nicht jedoch um eine so fundamentale Umwälzung wie es die (erste) Industrielle Revolution war, die nicht nur einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte bedeutete, sondern auch eine Revolution war, "die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft umwandelte" (Engels, "Die Lage der arbeitenden Klasse in England", MEW 2, S.237), indem sie *alle*

Kritik an Industrie 4.0

ökonomischen und sozialen Verhältnisse revolutionierte (man denke - neben der Entwicklung des industriellen Kapitals und des Maschinensystems - an die Umwälzung der Stadt-Land-Beziehungen, der massenhaften Umwandlung von Bauern in Proletarier und vor allem um die Beseitigung des Feudalismus und die Herausbildung neuer Klassenverhältnisse und -widersprüche). Wir sprechen deshalb mit Marx von einer "ständigen Revolutionierung der Produktivkräfte", aber nicht von "Revolution der Produktivkräfte", um die mit dem Begriff "Revolution" im Sinne einer Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verbundene Konnotation zu vermeiden.

Aus denselben Gründen, aus denen wir meinen, dass es bei der Digitalisierung nicht um eine "vierte industrielle Revolution" geht, meinen wir auch, dass es nicht um eine "zweite" geht. Du nennst für Deinen Vorschlag als "Hauptgrund", dass so wie seinerzeit die Hand durch die Werkzeugmaschine ersetzt wurde, heute einerseits dieser Ersatz des Menschen durch Maschinen (darunter auch Automaten, Roboter etc.) "neue Arbeitsbereiche" erfasst sowie andererseits nicht mehr nur die "Hand", sondern auch das Auge (siehe Dein Tempomat-Beispiel) usw., also andere Körperteile bzw. weitere Fähigkeiten einbezieht (insbesondere bei der Steuerung und Regelung von Produktionsprozessen). Aber worum geht es hier der Sache nach? Es geht, wie Du richtig schreibst, einfach darum, dass "zusätzliche Arbeitsschritte vom Menschen an die Maschine abgegeben werden". Schon die allerersten Maschinen haben Tätigkeiten nicht nur der Hand, sondern auch des Auges übernommen. Du selbst schreibst, dass die "Kopplung von Sensoren, eingebetteten Systemen und der Funkverbindung zwischen den Werkzeugmaschinen" dem "einen Schritt näherkommt", was Marx seinerzeit schon als das "eigentliche Maschinensystem" bezeichnete. Eben! Das unterstreicht doch, dass es bei der Digitalisierung "nur" um die mit der Kapitalverwertung untrennbar verbundene "ständige Revolutionierung der Produktivkräfte" geht - und das alles auf einer kapitalistischen Basis, wie sie seit zwei Jahrhunderten besteht. Es geht zwar nicht um das Disputieren über Begriffe, aber es erschließt sich uns nicht, weder die *Berechtigung* des Begriffs der "zweiten industriellen Revolution" (also einer "Revolution", die sich historisch auch nur annähernd mit der (ersten) Industriellen Revolution messen könnte; sonst wäre ja der Begriff genauso unangebracht wie der der "vierten"), noch der *Nutzen* dieses Begriffs für eine marxistische Analyse. Wir sehen umgekehrt die Gefahr, damit, ob man will oder nicht, unfreiwillig dem bourgeoisen Fetisch der "vierten" zuzuarbeiten ("neue Produktionsweise").

Inwiefern wir "die in den Industrie 4.0 -Papieren behauptete (vierte) industrielle Revolution (Anm.: Du schreibst in Deiner Kritik "zweite", aber das ist offenbar ein Schreibfehler) kritiklos übernehmen" (angeblich auf S.20), um indes anschließend das genaue Gegenteil zu schreiben (S. 21), hier also irgendwie "schwanken", erschließt sich uns nicht. Der ganze Artikel ist doch eine einzige Kritik an dem "Industrie 4.0"-Gelaber. Was die Sache selbst betrifft, stimmst Du

aber offenbar den von Dir angeführten Zitaten aus unserem Artikel zu, nämlich dass es sich bei der angeblichen "vierten industriellen Revolution" nur um die "Fortsetzung, eine neue Phase der dritten, die nächste Stufe der Automatisierung" handelt.

Was die Studien zur Propagierung massenhafter Arbeitsplatzvernichtung (Frey Osborne und Nachfolger) betrifft, wirfst Du uns darüber hinaus einen "sachlichen Fehler" vor. Du sagst, diese Studien würden sehr wohl auf "zum Zeitpunkt der Untersuchungen (bereits) marktreifen Technologien" beruhen und zitierst sie auch positiv in Deiner Arbeit "Industrie 4.0". Du irrst. Die Autoren der Studien behaupten das zwar, aber es muss ja deshalb nicht wahr sein. Ein schlagendes Beispiel ist der/die "Näher/in (Hand)", der/die bei Frey Osborne mit einer Wahrscheinlichkeit von 99%, erwischt zu werden, in der Rangfolge der "probability of computerisation" auf dem dritt-most-probable Rang 700 rangiert (von 702 "Berufsbildern" auf einer aufsteigenden Skala je nach Wahrscheinlichkeit, wegcomputerisiert oder wegrobotisiert zu werden). Glaubte man dieser Studie, wären "in zehn bis zwanzig Jahren" alle Näherinnen weltweit wegrobotisiert. Diesbezügliche marktschreierische Artikel in den Bourgeoismedien titeln dementsprechend z.B. "Der Todesstich des Nähroboters" ("Welt online"). Aber von wegen "marktreife Technologien"! Es gibt derzeit noch gar keine Nähroboter in nennenswertem Umfang im Einsatz, es gibt lediglich zwei erste bescheidene Versuchsprojekte von Adidas und die auch mit gemischten technischen Erfahrungen (siehe den Kasten auf S.19 unseres Artikels). Anderes Beispiel: Die Firma MX3D, die die berühmte Brücke in Amsterdam "sich selbst bauen lässt", hält ihr Verfahren für das "Drucken" von Stahlbrücken für "in Bälde marktreif", aber in Wirklichkeit sind sie meilenweit davon entfernt und selbst für die lächerliche 8-Meter-Fußgängerbrücke ist noch nicht ausgemacht, ob das technische Verfahren hält, was es verspricht - von der dreijährigen Bauzeit und den enormen Kosten gar nicht zu reden. Also: nicht nur kommerzielle (das sowieso), sondern auch technische Probleme sind noch ungelöst. Die Prognose von Frey Osborne ist daher pures Geschwätz - selbst wenn noch so gute Robotikexperten glauben, dies aufgrund einer abstrakten "Analyse" abstrakter taktiler, intellektueller und sonstiger Fertigkeiten behaupten zu können, obwohl sie wahrscheinlich keine Ahnung von den respektiven Produktionsprozessen und noch nie eine Nähfabrik von innen gesehen haben. Wie kann man solchen Studien auch nur einen Funken an Plausibilität zusprechen? (Siehe dazu auch den Exkurs zur Frey Osborne Studie am Ende des Textes.) Du wirfst uns Laxheit vor? Laxheit gegenüber diesen Studienfabrikanten? Das sind interessierte Schreibknechte der Bourgeoisie, bestenfalls in ihrer eigenen bourgeoisen Borniertheit verfangen, meist direkte Auftragsschreiber. Wie stehst eigentlich Du dazu? Einerseits konzederst Du in Deiner "Industrie 4.0", dass auf Basis dieser Studien "keine seriösen Angaben gemacht werden können" (AzD 87, S.57), andererseits schreibst Du z.B.: "Auch wenn die Boston Consulting Group

Kritik an Industrie 4.0

in ihrer Studie ihre Prognosemethoden nicht beschreibt, so ist davon auszugehen, dass sie das nötige Fachwissen dafür besitzt." (ebenda, S.56) Wie bitte? "Fachwissen" - dass wir nicht lachen! als ob es darauf ankäme! Das heißt übrigens nicht, dass man ggf. aus solchen Studien auch Nutzen ziehen kann, v.a. aus tatsächlichem Datenmaterial, nicht aber aus Prognosen, die Prognosen sind immer interessengesteuert, und zwar durch direkt bezahlte und/oder ideologieinduzierte Bourgeoisieinteressen. "It is difficult to get a man to understand something, when his salary depends upon his not understanding it!" (Upton Sinclair)

Relative Arbeitsplatzvernichtung ist eine beständige und gesetzmäßige Erscheinung im Zuge der kapitalistischen Akkumulation, einmal stärker, einmal schwächer. Relativ natürlich nur, nicht zwingend absolut. Selbstverständlich wird die weitere und forcierte Digitalisierung, eigentlich Automatisierung massenhaft weitere Arbeitsplätze vernichten. Dies findet beständig und systematisch statt. Z.B. wurden zwischen 1980 und 2015 70% der deutschen Stahlarbeiter wegrationalisiert, und zwar ganz ohne nennenswerte Auswirkungen der Digitalisierung (siehe unser Beispiel auf S. 37/38 in unserem Artikel). Es gibt viele Beispiele dieser Art. Und jetzt gibt es große Studien und Debatte, ob es in Zukunft Arbeitsplatzvernichtung durch kapitalistische Rationalisierung geben wird? Klar wird es das geben - allerdings wird es nicht nur an der Digitalisierung liegen. Dafür bräuchte man keine dieser Studien und alle deren Aussagen über Ausmaß und konkrete Ausprägung dieser Entwicklung sind sowieso nur Hellscherelei oder blanke auftragsorientierte Scharlatanerie.

Schließlich noch zu Deiner Kritik an der Formulierung "ob das eine das andere kompensiert" (im Zusammenhang mit der Frage Arbeitsplatzvernichtung vs. -Neuschaffung) und dessen "Widerlegung" mit dem anschließenden Marx-Zitat. Das ist reine Wortklauberei. Der inkriminierte Passus unseres Artikels hat mit der seinerzeitigen apologetischen "Kompensationstheorie" (die behauptete, durch den Ersatz des Menschen durch die Maschine ginge keine Arbeit, also keine Arbeitsplätze verloren) überhaupt nichts zu tun - außer dem Wort "kompensiert". Er meint ganz im Gegenteil eben das, was Marx im ersten Satz des von Dir angeführten Zitats schreibt: "Obwohl die Maschinerie notwendig Arbeiter verdrängt in Arbeitszweigen, wo sie eingeführt wird, so kann sie dennoch eine Zunahme von Beschäftigung in anderen Arbeitszweigen hervorrufen." Bei uns heißt es: "... werden für den Digitalisierungsprozess, wie überhaupt für Rationalisierungen jeder Art, Arbeiter nicht nur an einer Stelle überflüssig, sondern auch an andere Stelle benötigt, sei es in anderen Produktionsprozessen, in anderen Funktionen, mit anderer Qualifikation usw. ". Und dann folgt der Anlass Deiner Entrüstung: "Nun kann man lange darüber diskutieren, ob das eine das andere kompensiert oder nicht und welche Umschichtung der Gesamtarbeitskraft erfolgen werden - solange es gar kein klares Bild gibt, was genau an Digitalisierung in den verschiedenen Branchen konkret auf uns zukommt, ist das eine müßige Debatte." Außer der Wortklauberei um das Wörtchen "kompensiert"

führt das nur wieder auf die obige Frage zurück, inwieweit im Zusammenhang mit der Digitalisierung bereits "marktreife Technologien" vorliegen oder eben (noch) nicht. Vielleicht hätten wir halt besser "ob bzw. inwieweit" schreiben sollen oder "mehr oder weniger" einfügen, um solcher Wortklauberei den Boden zu entziehen. Aber der Sache nach ist es nur Wortklauberei.

Exkurs zur Frey Osborne Studie, der Mutter aller diesbezüglichen Studien

Wir haben nicht alles, was es zu dieser und daran angelehnten Studien zu sagen gäbe, in unseren Artikel hineingepackt, daher hier einige zusätzliche Anmerkungen. Frey Osborne (bzw. die Robotikexperten, die ihnen zuarbeiteten) haben sich offenbar überhaupt nicht mit konkreten Produktionsprozessen bzw. Branchen beschäftigt, sondern nur ein statistisches Konstrukt fabriziert, indem sie einfach über eine Statistik von "Berufsbildern" (nach der Klassifikation des US Department of Labor) eine von ihnen angenommene und durch keinen Gegencheck mit der wirklichen Industrie gewonnene hypothetische Wahrscheinlichkeitsstruktur ("probabilities of computerisation") der Ersetzungsmöglichkeit des Arbeiters durch die Maschine gelegt haben. Die Studie schaut sehr wissenschaftlich aus, in jeder Hinsicht breit ausgewälzt, mit für den Laien kompliziert aussehenden Formeln (obwohl banale Mathematische Statistik), auch sehr detailliert - alles um, wie in diesem Metier üblich, ihr einen wissenschaftlichen Anstrich zu verpassen und ihre Haltlosigkeit zu übertünchen. Sogar Selbstrelativierungen fehlen nicht: "Making predictions about technological progress is notoriously difficult." (S.43) Wie wahr! Aber das spielt keine weitere Rolle, es dient vielmehr eher der Selbstbeweihräucherung (Meisterung einer notoriously difficult challenge), unbeirrt wird das abstrakte statistische Konstrukt fortgesponnen. Frey Osborne prognostizieren detailliert die Zukunft von 702 Berufsbildern (!). Das ist viel und macht Eindruck. Ob man freilich für eine derartige Prognose z.B. die Zukunft der Handvoll "Schiedsrichter und Sportfunktionäre" prognostizieren muss (für sie schaut es übrigens gar nicht gut aus - Nr. 684 mit 98% Risiko), ist natürlich fraglich - aber irgendwie muss man ja auf die beeindruckende Zahl von 702 kommen. Dafür sind "Juweliere, Edelsteinarbeiter und Metallarbeiter" wiederum in einer Kategorie zusammengefasst (das spricht für eine "brutale Interessiertheit für den Stoff", wie Marx sagen würde - übrigens liegen sie mit 95% Risiko auf Platz 626). Es fehlt nicht an Kuriositäten in der Liste auf den Seiten 57 bis 72. Köche z.B. werden mit 96% "probability of computerisation" erwischt (d.h. es würde außer den paar für die Luxusetabissements der Bourgeoisie keine Köche mehr geben, wahrscheinlich weil die Studie annimmt, dass bis dahin ohnehin alle nur mehr von Automaten erzeugte instant fast food fressen), Kellner mit 96% (weil man sich diesen Dreck ebenfalls aus einem Automaten holt), Uhrmacher (Uhrenreparateure) mit 99% und Fahrradreparateure mit 94% (wahrscheinlich weil alle nur mehr Wegwerfahren und Wegwerffahrräder benutzen, letzteres vielleicht auch, weil "in zehn bis zwanzig

Jahren" die meisten aus dem obigen Grund ohnehin zu fett sein werden). An Chuzpe dieser Art gibt es vieles. Folgende Punkte sind ganz generell gegen die gegenständliche Studie (und in ähnlicher Weise angelegte und auf ihr aufbauenden Studien) einzuwenden.

Erstens sind "Berufsbilder" ohne Rücksicht auf die konkreten Tätigkeiten und quer durch alle Branchen ein nutz- und sinnloser Ausgangspunkt. Ein Schlosser z.B. (Nr. 420 mit 77% probability to get redundant) kann alle möglichen Tätigkeiten in allen möglichen Produktionszusammenhängen verrichten, vom Aufsperrdienst für den Privathaushalt bis zum hochspezialisierten Maschinenschlosser in der großen Fabrik. Man muss sich die konkreten Produktionsprozesse anschauen. "Berufsbilder" sind nicht Tätigkeiten und Tätigkeiten werden immer in konkreten arbeitsteiligen Zusammenhängen geleistet. Die 77% sind von Robotikexperten, die wahrscheinlich nicht viel über die konkreten Arbeitsprozesse wissen, aus den abstrakten Elementen von "Schlosserarbeit", dem "Berufsbild" eben, abgeleitet. Eine Projektion auf Basis von "Berufsbildern", ohne Berücksichtigung der konkreten Realität in den konkreten Branchen, ist nur eine abstrakte Fiktion. **Zweitens** sind die "Wahrscheinlichkeiten", mit denen gearbeitet wird, haltlos und unnachvollziehbar. Kompliziert erscheinender Formelkram und wissenschaftliches Larifari sollen die Hohlheit verbergen. Hauptsächlich bedienen sie sich mehr oder weniger willkürlicher statistischer Krücken. Dazu kommen einige elementare Annahmen. Zu den Annahmen, die dahinter stecken, gehören z.B. das "Streben des Arbeiters nach Maximallohn" (als ob das "Streben" reichen würde - aber Lohnraub und -drückerei werden auf diese Art wegeskamotiert!) und die Existenz "perfekt-elastischer Märkte" mit freier Marktpreisbildung ("perfectly elastically at market price" - im Zeitalter des Monopolkapitals und des Imperialismus!). **Drittens** erfolgt keinerlei Quercheck mit Projektionen für konkrete Produktionsprozesse und Branchen. So zeigt z.B. die "strategische Planung" der realen Stahlkapitalisten ein ganz anderes Bild als diese Studien. Die Frage "marktreifer Technologien" stellt sich halt deren Entwickler bzw. Vermarktungsaspirant, der das Ding auf Teufel komm raus verkaufen will, oder der Robotikprofessor, der glänzen will, meist ganz anders vor als der Kapitalist, der das Risiko seiner Investition konkret einschätzen wollen wird. Ein gutes Beispiel ist die Bauwirtschaft, in der sich die Digitalisierung (Stichwort: irgendetwas "baut sich selbst") bisher praktisch nur in (meist staatsfinanzierten) F&E-Projekten abspielt und sogar die Optimisten der ETH Zürich davon ausgehen, dass noch "zwei bis drei Jahrzehnte bis zur kommerziellen Verwertbarkeit" vergehen werden (siehe dazu aufschlussreich den Kasten auf S.18 unseres Artikels). Auch eine Untersuchung der Stahlindustrie, der Papierindustrie, des Kraftwerksbaus und einiger weiterer Produktionszweige, die wir uns konkret angeschaut haben, sowie der Digital Factory von Siemens zeigt ein wesentlich "bescheideneres" Bild der Marktreife so mancher Technologie und damit die Haltlosigkeit der angesprochenen Studien. Dazu kommt **viertens** das Thema, dass nicht nur technische Faktoren maßgeblich sind, sondern - wir leben

im Kapitalismus! - in allererster Linie die Profitabilität sowie auch die gesellschaftliche Durchsetzbarkeit. **Fünftens** wird in der Studie ausgeblendet, dass ja auch die neuen Technologien praktisch angewendet werden müssen und daher für Entwicklung, Konstruktion, Produktion, Instandhaltung, Betrieb, technische Weiterentwicklung usw. ebenfalls Arbeiter notwendig sind, wenn auch mit anderen "Berufsbildern". Vielleicht glauben manche, man brauche irgendwann keine Schweißer mehr, weil es ja Schweißroboter gäbe. Aber es ändert sich "nur" die Art der Tätigkeit, an der Notwendigkeit der technologischen und technischen Kenntnis, Fähigkeit, Erfahrung etc. ändert sich nichts. Ohne Beherrschung von Schlosserei, Werkzeugmacherei, Schweißerei usw. usf. wird man keine Roboter bauen können, die die diesbezügliche menschliche Arbeit ersetzen. **Sechstens** setzt der lange Zeithorizont ein gewaltiges Fragezeichen, im gegenständlichen Fall "nur" von "zehn bis zwanzig Jahren", nicht selten aber noch viel länger. Man braucht sich nur vergleichbare Prognosen von vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren (z.B. über den zu erwartenden Verlust von Arbeitsplätzen durch dies oder das) anschauen und sie mit der heutigen Realität vergleichen, um sich ein Bild der Reliabilität dieser Studien zu machen. Genauso wird es den heutigen Prognosen ergehen. Kein Wunder in einer anarchischen kapitalistischen Wirtschaft und einer Imperialismuslandschaft im Umbruch. Abgesehen von der ebenfalls ungewissen weiteren technologischen und technischen Entwicklung (die wiederum von der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation und speziell der Profitrate getrieben wird) wird es in den nächsten "zehn bis zwanzig Jahren" vermutlich zu beträchtlichen Verwerfungen und Erschütterungen der Kapitalverwertung kommen, schwere Kriseneinbrüche, Kriege ... Wahrscheinlicher als dass diese Studien sich bewahrheiten ist es, dass die Kapitalisten "in zwanzig Jahren" mit dem Wiederaufbau der zerstörten Industrie nach dem nächsten großen Krieg beschäftigt sein werden. Studien dieser Art, wie man sie zu Hauf auf allen Gebieten findet, um aus "brutaler Interessiertheit" (schöne Formulierung von Marx!) irgendetwas für die Zukunft zu behaupten und die Behauptung "wissenschaftlich" zu begründen, mögen als Doktorarbeit in Mathematischer Statistik mit Ach und Krach durchgehen, rufen interessiertes bis lärmendes "Medieninteresse" hervor und erscheinen vielleicht dem unbedarften und staunenden Gutgläubigen unglaublich "wissenschaftlich", sind aber nur professorale Rosstäuscherei und Medienhype. Dass in der Realität bei weitem nicht so heiß gegessen wird wie gekocht weiß übrigens auch die Bourgeoiswissenschaft selbst - siehe z.B. Bonin & Co, wenn aus 42% Bedrohungspotential letztlich nur 12% werden (siehe S. 35 unseres Artikels, aber ebenso bei Dir in AzD 87, S.54).

Fritz Gött

Marx: der rot-grüne Revolutionär (Literaturhinweise)

Marxisten beschäftigen sich nicht erst seit heute mit Fragen der Ökologie und des Kapitalismus:

Darauf verweist auch Elmar Altvater in seiner Schrift zum historischen Erbe von Friedrich Engels (1), leider in einem weitschweifigen akademischen Diskurs.

Bereits in den 80ern veröffentlichte der Linksozialist Hansgeorg Conert seine Studie „Ökologie und Gesellschaft“. Darin systematisierte und erläuterte er Textstellen von Marx und Engels zum Themenkomplex (soweit sie damals in den Marx/Engels Werken (MEGA-1) veröffentlichten waren). Diese engagierte Arbeit ist nach wie vor lesenswert. Conert mutmaßte damals noch: Im Marx'schen Werk fänden sich weniger Hinweise und Formen der Naturschädigung im Kapitalismus als Gesichtspunkte der Destruktion der menschlichen Natur. „Das kann allenfalls partiell damit erklärt werden, daß zu Marx' Zeiten, etwa in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, das Ausmaß der Umweltschäden durch die kapitalistische Produktionsweise noch geringer als in unserer Gegenwart war.“ Seit man daran gegangen ist die sogenannten „Exzerpthefte“ von Marx zu veröffentlichen (in der MEGA-2), sieht man weiter. Sie zeigen, dass sich die Klassiker *zeitlebens* mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften und der Ökologie auseinandergesetzt haben. Es ging dabei nicht nur um das wissenschaftliche Weltbild und deren Erklärung: Engels sammelte und durchleuchtete Material und Positionen für sein Buchprojekt „Dialektik der Natur“. Marx studierte Arbeiten zum gesellschaftlichen Umgang mit den Naturbedingungen. Die Studienergebnisse fixierte Marx in seinen Arbeitsheften. Ziel war es u.a., die Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise (und Gesellschaft) auf die Naturverfassung aufzuzeigen und in seine Kritik des Kapitalismus einzufügen. Erfasst wurde somit nicht nur die ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte im Kapitalismus, sondern auch die destruktiven Tendenzen dieser Produktionsweise in der Zeit. Marx' Tod vereitelte jedoch die endgültige Abfassung und Systematisierung seiner Ansichten.

Marx war kein Katastrophentheoretiker. Als Revolutionär, Ökonom und Historiker interessierten ihn verschiedene Fragen, z.B.:

- Gibt es neben der Tendenz zur Naturvernutzung bzw. Naturzerstörung im Kapitalismus auch (zeitweilige) Gegenteilstendenzen: Maßnahmen, um die Folgen der Naturausbeutung und -zerrüttung durch die kapitalistische Produktionsweise abzuschwächen, sie zu verzögern? Welche Wechselbeziehungen und Kräfte bestehen da?

- Wie sind andere Gesellschaftsformationen oder Gemeinschaften mit den Naturbedingungen umgegangen? Denn der „Stoffwechsel von Mensch und Natur“ unterliegt natürlich auch historisch-gesellschaftlichen Bezügen. Was lässt sich daraus lernen?
- Wie hat der Sozialismus mit der Agrikultur bzw. mit der Natur als einer Quelle des gesellschaftlichen Reichtums umzugehen? Doch wohl anders als der Kapitalismus, nämlich verantwortungsvoll, schonend und nachhaltig.

Marx hat seine Positionen zur ‚Ökologie‘ in den Schriften und Exzerpten nicht als fortlaufenden Text dargelegt. Seine Ansichten ‚verstecken‘ sich in den positiv oder negativ bewerteten Textauszügen fremder Autoren, in der Abfolge der Studienlektüre, in Randbemerkungen, Unterstreichungen usw., sie finden sich aber auch in Briefen oder in Bemerkungen zum und im ‚Kapital‘. Diese Positionsbestimmungen müssen heraus präpariert und interpretiert werden, um die Marx‘sehen Gedankengänge nachzuvollziehen und darzustellen.

Das Verdienst, die *bisher* veröffentlichten Exzerpt-Schriften und Materialien von Marx - unter dem Aspekt der Ökologie - für die wissenschaftliche und politische Analyse umfänglicher erschlossen zu haben, gebührt dem Soziologen japanischer Herkunft Kohei Saito. (3) Leider ist seine Studie - eine Dissertation nicht leicht zu lesen. Sie folgt in Sprache und Methodik akademischen Gepflogenheiten. Schön, wenn sich jemand fände, der die Schriften leichter lesbar und politisch verfügbar machen könnte.

Bleibe eine weitere Aufgabe: Alle drei oben angesprochenen Titel sind wichtig und nicht einfach austauschbar. Sie könnten helfen, eigene marxistische Positionen auf dem Feld der ‚Ökologie und Kapitalismuskritik‘ zu entwickeln. Dies in Konkurrenz und Abgrenzung zu den sogenannten ‚Öko-Sozialisten‘ (J. Dittfurth und Co.) oder zur bürgerlichen Partei ‚Die Grünen‘. Nötig wäre das allemal.

Literatur

- (1) Elmar Altvater: Engels neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die ‚Dialektik der Natur‘ und die Kritik von Akkumulation und Wachstum. Hamburg: VSA - Verlag 2015
- (2) Hansgeorg Conert: Ökologie und Gesellschaft. Eine Einführung in das Problem >Mensch-Natur-Gesellschaft< aus marxistischer Sicht. Hamburg: VSA - Verlag 1984
- (3) Kohei Saito: Natur gegen Kapital. Marx‘ Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus. Frankfurt/New York: Campus Verlag 2016

Dokumentation

Kritik der Migration

Hannes Hofbauer ist Autor des soeben im promedia-Verlag erschienenen Buchs „Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert“. Wir dokumentieren das von *Reinhard Jellen* geführte und am 30. und 31. Oktober von TELEPOLIS ins Netz gestellte Interview mit dem Autor.

Herr Hofbauer, ist Migration Ihrer Einschätzung nach eine anthropologische Konstante oder handelt es sich hierbei um historische Ausnahmefälle?

Hannes Hofbauer: Migration war immer, insofern ist die Wanderung von Menschen eine anthropologische Konstante. Sie ist allerdings nicht, wie viele neue Migrationsforscher nahelegen, eine Bedingung menschlichen Lebens. Die meisten Menschen sind sesshaft. Das geht auch aus einer Studie der österreichischen Akademie der Wissenschaften hervor. Danach machten sich von 1950 bis in die 2000er-Jahre jährlich 0,6 Prozent der Weltbevölkerung in die Fremde auf. Seit 2005 ist diese Zahl auf 0,9% gewachsen. Die Norm ist also der Sesshafte.

"Brexit ist der Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt geschuldet"

Karl Marx und Friedrich Engels haben sich seinerzeit zur Migration irischer Lohnarbeiter geäußert. Wie war deren Einschätzung?

Hannes Hofbauer: Marx und Engels hatten bezüglich der Arbeitsmigration keine konsistente, durchgehende Haltung. Klar war den beiden, dass - wie Marx schreibt - "die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausnutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der Arbeiterklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten."

Marx spricht hier sehr deutlich die Funktion der Migration als Lohndrückerei und Spaltung des Arbeitsmarktes an und untermauert diese nicht nur mit sozio-ökonomischen Argumenten, sondern auch mit kulturellen, wenn er schreibt: "Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den Lebensstandard herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien."

So könnte man heute nicht mehr argumentieren, ohne des Kulturalismus verdächtigt zu werden, obwohl das Zitat recht aktuell klingt, wenn man den "irischen Konkurrenten" durch den "polnischen Konkurrenten" ersetzt. Der Ausgang des Referendums über den Brexit im Juni 2016 ist genau dieser Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt geschuldet.

In meinem Buch führe ich das auf die rasche und ungeschützte Öffnung des Arbeitsmarktes in Großbritannien anlässlich der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 zurück. Während Deutschland und Österreich den Zuzug billiger Arbeits-

kräfte aus Osteuropa, wo der Durchschnittslohn in Polen damals acht Mal unter dem deutschen lag, um insgesamt sieben Jahre hinausschoben, hat England seinen Arbeitsmarkt sofort geöffnet. Die britischen Arbeiter reagierten im Juni 2016 entsprechend.

Zurück zu Marx und Engels und ihrer inkonsistenten Haltung zur Migration. Engels schreibt zum Beispiel an einer Stelle, dass "die fabelhafte Reichtums-Akkumulation durch die enorme Einwanderung in Amerika von Tag zu Tag gesteigert wird" und gleichzeitig "die Mehrzahl der Einwanderer den Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter herabdrückt".

Gleichzeitig weigert er sich, die Migration als solche zu kritisieren und rät von Restriktionen ab. Dies deshalb, weil er einen revolutionären Schub durch Verelendung voraussagt. Er rechnet mit einem "kolossalen Krach drüben (in Amerika)" und prognostiziert die Alternative "Hungertot oder Revolution". Heute wissen wir, dass dem nicht so war. Dennoch ist auch der Vergleich mit der aktuellen Diskussion interessant.

Linksradikele, in operaistischer Tradition stehende Stimmen sehen auch heute wieder im Migrant ein revolutionäres Potential und sehnen einen "Kosmopolitismus von unten" herbei. Wünschen kann man sich viel, die Wirklichkeit des Kapitalismus sieht allerdings anders aus.

"Verwechslung des migrantischen Schicksals mit der Funktion der Migration"

Wie hängen schrankenlose Migrationsbejahung und Neoliberalismus zusammen?

Hannes Hofbauer: Migration ist Ausdruck von Ungleichheit, dieser Diagnose würde wohl bald jemand zustimmen. Umso unverständlicher ist für mich, wie kritisch denkende Menschen eine positive Sicht auf Migration haben können. Ich erklär mir das mit der Verwechslung des einzelnen migrantischen Schicksals, das in aller Regel ein schweres ist und dem man zugeneigt ist, zu helfen, mit der Funktion der Migration. Und diese passt haarscharf in die Anforderungen des Neoliberalismus. Der ständige Import billiger und williger Arbeitskräfte in die Zentrumsländer Europas beweist dies deutlich. Seit dem ersten Anwerbeabkommen im Jahr 1955 (zwischen Deutschland und Italien) waren es die Unternehmerverbände, die mehr Migration forderten, um damit Arbeitsmärkte sowie Arbeits- und Sozialgesetze deregulieren zu können.

Symptomatisch war beispielsweise die Forderung des Internationalen Währungsfonds am Höhepunkt der großen Wanderung der Muslime, wie ich die Massenmigration des Jahres 2015 nenne, den eben erst eingeführten Mindestlohn in Deutschland für Flüchtlinge "gezielt und zeitlich begrenzt" auszusetzen. Da wird die Logik der Mobilisierung von Arbeitskräften klar.

Kritik der Migration

Migration als Ausdruck von Ungleichheit hat ja auch ganz konkrete Ursachen, die mit unserer Kapital-getriebenen Ökonomie zusammenhängen. Sehen wir uns nur die sogenannten Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union mit über 30 Staaten Afrikas und der Karibik an. Diese Freihandelsabkommen sind Marktöffner für in EU-Europa überproduzierte Waren, während gleichzeitig afrikanische Produkte nur theoretisch den Weg in den europäischen Zentralraum finden, sie sind hier nicht konkurrenzfähig. Die Folge dieser typisch neoliberalen Politik ist, dass Millionen von Menschen in Afrika und in der Karibik ihrer Subsistenzgrundlage beraubt werden. Da sind einmal die Bauern, deren Erzeugnisse der EU-europäischen Konkurrenz nicht standhalten können.

In Ghana kamen beispielsweise vor dem Partnerschaftsabkommen 95 Prozent des Geflügels von heimischen Züchtern, nach Inkrafttreten des Abkommens waren es gerade einmal 11%. Es sind die Söhne (und Töchter) dieser Bauern, die keine Überlebensperspektive mehr in ihrer Heimat haben und sich über das Mittelmeer nach Europa aufmachen. Dasselbe passiert den örtlichen Fischern, die durch bilaterale Verträge ihrer Fischgründe verlustig gehen, weil riesige Trawler aus Spanien, Portugal oder Japan bis knapp an die Küste alles leer fischen. Auch hier versucht die nächste Generation ihr Glück in der Emigration.

Aktuell wehrt sich beispielsweise der ruandische Präsident Paul Kagame gegen die Überschwemmung des lokalen Textilmarktes mit EU-europäischen und US-amerikanischen Altkleidern. Diese werden in gutem Glauben hierzulande in Metallcontainer geworfen, nach Rumänien zum Sortieren und Zusammennähen verschickt und kommen dann nach Afrika. Dort zerstören sie die lokalen Textilmärkte und nehmen den Menschen ihre Lebenschancen. Man nennt das Subsistenzmigration.

"Der menschliche Aderlass an der Peripherie ist enorm"

Was sind allgemein die Folgen der Massenmigration in den Herkunfts- und Zielländern?

Hannes Hofbauer: Massenwanderungen haben sowohl in den Herkunftsländern als auch den Zielländern der Migranten negative Effekte. Dort, wo die Menschen weggehen (beziehungsweise weggehen müssen), fehlen gerade die Jungen, Flexiblen, Neugierigen. Es kommen ja nicht die Alten und Gebrechlichen, die einer Gesellschaft mehr Kosten verursachen, in die europäischen Zentren. Die Jungen und potenziell Produktiven gehen in den peripheren Ländern ab, gerade sie würden aber gebraucht, um ihre von Krisen oder gar Kriegen zerstörten Länder wieder aufzubauen. Diese sich mit jeder Migration verstärkende Ungleichheit kennen wir nicht nur zwischen Europa und dem globalen Süden, sondern auch innerhalb der Europäischen Union.

Dort sind es an der Peripherie die oft gut ausgebildeten Fachkräfte, die Ingenieure, Ärzte oder Krankenschwestern, die es in die Zentralräume treibt. Bei herrschenden Lohndifferenzen von 8:1 zwischen Deutschland und beispielswei-

se Bulgarien ist das auch kein Wunder. 10% aller Ärzte in Deutschland sind nicht hier ausgebildet, sondern sie kommen aus Rumänien, Serbien oder Bulgarien. Wenn man sich vor Augen hält, dass die Ausbildung eines Arztes in Deutschland circa 200.000 bis 300.000 Euro kostet, kann man erahnen, welchen Preis die ärmeren Volkswirtschaften bezahlen und was sich der reiche Norden erspart. Das Gesundheitswesen im europäischen Südosten liegt derweil im Argen.

Der menschliche Aderlass an der Peripherie ist enorm, Bulgarien hat in den vergangenen 25 Jahren 20 Prozent seiner Bevölkerung verloren; wenn man die aktivsten Teile der Bevölkerung her nimmt, jene, die zwischen 20 und 45 Jahre alt sind, beträgt der Verlust sogar 41%. Eine kürzlich erschienene Studie des IWF hat errechnet, dass zwischen 1990 und 2012 20 Millionen Osteuropäer nach Westen emigriert sind. Ohne diese Massenauswanderung, so der IWF weiter, hätte das BIP-Wachstum 7% mehr betragen. An dieser Stelle stockt der geübte Beobachter, ist es doch üblicher Weise der IWF, der genau jene Mobilität einfordert, die periphere Räume entleert.

Aber keine Sorge, die Finanzorganisation bleibt ihrer neoliberalen Doktrin treu, denn sie empfiehlt den Ländern Osteuropas, die bereits unter großem Facharbeitermangel leiden, ihrerseits den Import billiger Arbeitskräfte aus der Ukraine, Albanien oder Weißrussland. Polen und die Slowakei haben bereits darauf reagiert und ihre Einwanderungsgesetze angepasst, liberalisiert. In der Slowakei werken bereits Ukrainer bei Volkswagen, KIA und Renault-Peugeot und in Polen halten über eine Million Ukrainer ganze Branchen am Leben.

"Vom Unternehmerstandpunkt ein Eldorado"

Was sind die Vorteile von Massenmigration für die Kapitalseite?

Hannes Hofbauer: Arbeitsmärkte werden aufgemischt und ständig neu geteilt. Die gewerkschaftsnahe Hans Böckler-Stiftung hat errechnet, dass die Löhne und Gehälter in Deutschland zwischen 1995 und 2004 um - preisbereinigt - 0,9 Prozent gesunken sind. Seit 1992 gab es (bis 2016) keine Realloohnerhöhung. Das ist freilich nicht nur dem ständigen Zufluss billiger Arbeitskräfte im Gefolge des Zusammenbruchs von Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und Sowjetunion sowie Bürgerkriegen und NATO-Intervention in Jugoslawien et cetera geschuldet, aber die Migration trägt ihr Scherflein dazu bei.

Dann sehen wir uns die Folgen der großen Wanderung der Muslime der Jahre 2015 und 2016 bei Lichte an. Längst hat ja die Selektion nach dem Motto die Guten ins Land und die Schlechten außer Landes Platz gegriffen. Von den 1,1 Millionen Syrern, Afghanen und Irakern, die bis Ende 2017 einen Asylantrag gestellt haben, sind bis zu diesem Zeitpunkt 560.000 abgelehnt worden, also rückstellungsbereit. Wir haben also das Phänomen, dass aus dieser einen großen Migrationswelle Menschen mit sehr unterschiedlichem Status hervorkommen.

Kritik der Migration

Da sind einmal diejenigen, deren Asylantrag angenommen wurde, dann jene, die subsidiären, zeitlich begrenzten Schutz erhalten haben, die große Zahl der Abgelehnten und die in keiner Statistik aufscheinenden Untergetauchten. Vom Unternehmerstandpunkt, der billige, ausbeutbare Arbeitskräfte sucht, ein Eldorado.

Das Jahr 2015 hat auch die Asylschiene für Migration geöffnet. Weil es klar war und auch die Genfer Flüchtlingskonvention dazu eine klare Sprache spricht, dass nämlich Krieg kein Asylgrund ist und die deutsche Bundesregierung dennoch so getan hat, als ob es einer wäre, wurden hunderttausende Menschen ohne Chance auf die Asylschiene gesetzt. Das hat auch entsprechende Auswirkungen auf die afrikanische Subsistenzmigration.

Was sind die Konsequenzen für die Lohnabhängigen?

Hannes Hofbauer: Die stehen in immer härteren Konkurrenzkampf. Der vor kurzem auch in Deutschland eingeführte Mindestlohn zeugt davon. Von ihm kann eigentlich niemand leben.

Willy Brandt hat 1973 einen vollkommenen Aufnahmestopp von Migranten erlassen. Würde er heutzutage dafür als rechtsradikal gebrandmarkt werden?

Hannes Hofbauer: Warum rechtsradikal? Pro-Migration ist ja nicht links und Anti-Migration schon gar nicht rechts. Aber Willy Brandt will ich dennoch kritisieren. Denn sein Aufnahmestopp hat gezeigt, dass die damals als "Gastarbeiter" bezeichneten Migranten nichts weiter waren (und auch heute noch sind) als ein Krisenpuffer. Die Weltwirtschaftskrise 1973 war der Auslöser für den Aufnahmestopp, 800.000 Türken und andere sind damals wieder in ihre alte Heimat zurückgegangen ... und haben auch dort keine Arbeit gefunden. Die sozialen Probleme wurden also von Willy Brandt exportiert.

In Teil 2 des Gesprächs äußert sich Hannes Hofbauer zur muslimischen Massenmigration seit 2015, zum Multikulturalismus und zum "Globalen Pakt für Migration", der Anfang Dezember in Marokko auf einer UN-Vollversammlung juristisch ratifiziert werden soll.

Herr Hofbauer, welche internationalen Vereinbarungen hat Angela Merkel 2015 mit ihrer Entscheidung außer Kraft gesetzt und was bedeutet das für das politische Gleichgewicht innerhalb der EU?

Hannes Hofbauer: Merkel hat de facto, wenn auch nicht de jure, die Dublin-Abkommen außer Kraft gesetzt. Dazu muss man sagen, dass schon diese Abkommen per se den imperialen Charakter der deutschen Vorherrschaft in EU-Europa zeigen. Denn "Dublin" bedeutet im Migrationskontext, dass jenes Land der Europäischen Union, auf dessen Boden der Drittstaatsangehörige zuerst seinen Fuß setzt, für seine Behandlung im Fall der Ablehnung des Asylantrages zuständig ist. Der Zentralmacht Deutschland ist es mit der Einführung des Dublin-Regimes also gelungen, die Last der Flüchtlingsfrage auf die EU-europäische

Peripherie abzuwälzen. Denn um nach Deutschland direkt zu kommen, müssten Asylantragsteller über die Ostsee schwimmen oder per Flugzeug einfliegen.

Letzteres ist um ein Vielfaches schwieriger als der Landweg und wird zudem von eigenen Vorfeldprüfungen auf deutschen Flughäfen erschwert. Konkret schultern also Länder wie Griechenland, Bulgarien, Italien und Ungarn die Dublin-Last. Weil Griechenland 2015 wegen immenser Strukturprobleme vom Dublin-Übereinkommen ausgenommen war, trug Ungarn die gesamte Bürde. Der *Spiegel* schrieb damals zum gleichzeitig stattfindenden Merkel-Hype und Orbán-Bashing: "Merkel kann sich Gesinnungsethik erlauben, weil Viktor Orbán das Grobe erledigt". Orbán hatte - Dublin sei's geschuldet - keine andere Wahl.

"Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch ist aktive Migrationspolitik"

Wie ist es um die rechtliche Substanz für die Regulierung der Massennmigration bestellt?

Hannes Hofbauer: Mir geht es nicht um die Regulierung von Massennmigration. Mein Anliegen ist es, die Ursachen von Migration zu bekämpfen. Das sagen zwar jetzt viele, getan wird allerdings das Gegenteil. Die oben angesprochenen Partnerschaftsabkommen - der Begriff "Partner" ist dafür freilich euphemistisch - verursachen Migration. Desgleichen die von westlichen Militärallianzen geführten Kriege in der islamischen Welt. Seit dem ersten Irak-Krieg 1991 zieht sich eine Blutspur der NATO und fallweiser williger Koalitionen von Afghanistan über den Nahen Osten, den Jemen und Libyen bis nach Mali. Millionen von Vertriebenen sind die Folge.

Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch ist aktive Migrationspolitik, so wie jeder Krieg Menschen in die Flucht schlägt und Migrationswellen auslöst. Kein Krieg, keine Freihandelsabkommen ... das würde sich migrationshemmend auswirken.

Wie bewerten Sie den "Globalen Pakt für Migration", der Anfang Dezember auf einer UN-Vollversammlung verabschiedet werden soll?

Hannes Hofbauer: Es ist ein hilfloser Versuch, Migrationsmanagement betreiben zu wollen. Aber wie gesagt, mir geht es nicht um das Verwalten von ungleicher Entwicklung, die zu Massenwanderungen führt. Stattdessen sollten soziale Differenzen und regionale Disparitäten entschieden bekämpft werden. Solange auf der Welt die Einkommensdifferenz von einem der reichsten Staaten (den USA) zu einem der ärmsten (dem Kongo) 93:1 beträgt, wirkt es wie aus der Zeit gefallen, Migration *sicher, geordnet und regulär*, wie es in der Überschrift zum UN-Pakt steht, gestalten zu wollen. Mehr noch: Ohne heftigste Anstrengungen in Richtung mehr soziale Konvergenz weltweit legitimiert ein solcher

Kritik der Migration

Pakt die herrschende Ungleichheit, indem er technische Machbarkeiten vor-täuscht, die an der Wirklichkeit scheitern müssen.

"Ein Armutszeugnis der Linken"

Was kritisieren Sie am Konzept der multikulturellen Gesellschaft?

Hannes Hofbauer: Nichts, eine multikulturelle Gesellschaft finde ich lebenswert. Was ich an der Linken kritisiere, ist ihre Hinwendung zu Diversität und Weltoffenheit. Sehen wir uns mal in der Europäischen Union um. Da redet die Linke seit über einem Vierteljahrhundert davon, dass es nun endlich auch mal darum gehen müsse, soziale Fragen gemeinsam anzugehen. Lange Zeit wurde offensichtlich nicht erkannt, dass die Brüsseler Union gerade der Garant für die Parallelität von ökonomischer Konvergenz und sozialer Divergenz ist. Aus diesem Ungleichgewicht zieht der Investor seinen Profit.

Nun kommt mir manchmal vor, Teile der Linken haben eingesehen, dass aus der EU keine Sozialunion werden kann. Ihre Reaktion ist allerdings nicht, die EU fundamental zu kritisieren, sondern einen politischen Paradigmenwechsel zu vollführen. Statt Gleichheits- und Kollektivitätspostulat setzt man nun eben auf Diversität und Weltoffenheit. Beides ist mit dem Kapital bestens kompatibel. Diversität sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, jeder und jede muss so leben können, wie es ihr oder ihm gefällt. Das zur politischen Hauptparole zu erklären, ist ein Armutszeugnis der Linken. Und dem Begriff "Weltoffenheit" kann ich keinen Sinn entnehmen. Das wäre das Gegenteil? Weltgeschlossenheit? Ich übersetz ihn für mich mit "Investitionsfreiheit samt ungehinderter Gewinnrückführung".

Sie erklären das Integrationskonzept für gescheitert. Warum?

Hannes Hofbauer: Die Frage stellt sich: Integration wohin? Idealtypisch landet ein aus einem gambischen Dorf stammender 20jähriger Schwarzafrikaner hier als Hotel-Boy oder Küchengehilfe einer internationalen Schnellimbisskette, eine slowakische junge Mutter als Altenpflegerin in einer Mittelklassefamilie und ein bengalischer Einwanderer als frühmorgendlicher Austräger einer Tageszeitung oder Paketzusteller. Vor dieser Wirklichkeit kann man doch nicht die Augen verschließen. Das hat für mich allerdings nichts mit Integration zu tun, eher schon mit einer zunehmend segmentierten Gesellschaft, die sich zusätzlich zu Klassendifferenzen auch kulturell und ethnisch immer mehr aufspaltet. Darüber können Einzelfälle, die diese Grenzen überschreiten, so gut und eindrucksvoll sie auch sein mögen, nicht hinwegtäuschen.

Sie schreiben, dass die Linke in die "Identitätsfalle" gestolpert sei. Was meinen Sie damit und wie begründen Sie das?

Hannes Hofbauer: Dort, wo die soziale Frage nicht mehr gestellt wird, weil man sie im Angesicht des wirtschaftlichen Primats verloren glaubt, treten Forderungen nach schlecht bis unzureichend kodifizierbaren Menschenrechten oder

ein Recht auf Diversität und Anderssein in den Vordergrund. In anderen Worten: es geht um kulturelle Identität statt um soziale Auseinandersetzung. Diesen Wechsel, den freilich und glücklicherweise nicht alle Linken mitmachen, bezeichne ich als Identitätsfalle. Mein Buch spürt demgegenüber wirtschaftlichen und militärischen Ursachen für soziale und regionale Ungleichheiten - auch mit historischen Rückgriffen - nach und stellt fest, dass zu deren notwendiger Überwindung technische Tricks oder individuelle Auswege untauglich sind. (*Reinhard Jellen*)

AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION

In den letzten Jahren erschienen:

- AzD 46 Zwischen Restauration und liberaler Erneuerung
- AzD 47 Endzeit des Kapitals
- AzD 48 Marxismus unserer Zeit?
- AzD 49 Die Neuordnung Europas
- AzD 50 Staatssozialismus, Ständeordnung, Sozialstaat
- AzD 51 Vereinigung der Linken
- AzD 52 Weimar - wessen Republik?
- AzD 53 Atlantischer Poker
- AzD 54 Charakter der Oktoberrevolution
- AzD 55 Hegemonie in Nah- und Mittelost
- AzD 56 Perspektiven
- AzD 57 Untergang der Sowjetunion
- AzD 58 Lateinamerikas Vergangenheit
- AzD 59 Kapital - Monopol - Staat
- AzD 60 Revolutionstheorie
- AzD 61 Nationalsozialismus
- AzD 62 Monopol, Sozialstaat, bürgerliche Hegemonie
- AzD 63 Islamismus
- AzD 64 Klassenanalyse
- AzD 65 Spanien im Bürgerkrieg
- AzD 66 Europäische Währungsunion
- AzD 67 Proletariat und Sozialismus in der Sowjetunion
- AzD 68 NS-Debatte/Euro
- AzD 69 Nationalsozialismus I
- AzD 70 Nationalsozialismus II
- AzD 71 Imperialismus
- AzD 72 US-Kriegspolitik/Antisemitismus-Debatte
- AzD 73 Zur sozialen Frage
- AzD 74 Demokratie und Klassenstaat
- AzD 75 Kontroversen um Stalin
- AzD 76 Aufstieg und Niedergang der USA
- AzD 77 Strategiewechsel in Nahost / Kreationismus
- AzD 78 NPD / Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise
- AzD 79 Altchina / Finanzmärkte / Gewerkschaftspolitik
- AzD 80 Profitrate / EU-Krise / Imperiales Erbe Asiens
- AzD 81 China 1911 - 1949
- AzD 82 China 1949 – 1978
- AzD 83 Flüchtlingspolitik / Julikrise 1917 / Staatsverschuldung
- AzD 84 1917 Die Februarrevolution
- AzD 85 1917 Die Oktoberrevolution
- AzD 86 Sozialismusfragen
- AzD 87 Industrie 4.0